

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Preisband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Monat. Einzeltage in der Post-Beilage-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Carl I. Nr. 4186.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 10. März 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Kann Europa abriißen?

VIII.

Bisher haben wir vorausgesetzt, der Vorschlag zur allmählichen gleichmäßigen Herabsetzung der Dienstzeit mit schließlichem Uebergang zum Milizsystem sei allgemein angenommen worden. Die Frage ist aber vor allem: wird er angenommen?

Nehmen wir an, Deutschland stellt den Vorschlag zunächst an Oesterreich, Italien und Frankreich. Oesterreich wird eine Maximaldienstzeit von zwei Jahren mit Freunden annehmen und wahrscheinlich in seiner eigenen Praxis noch weiter herabgehen. In der österreichischen Armee spricht man sich, scheint es, weit offener aus, als in der deutschen, über die günstigen Erfolge mit der kurzen Dienstzeit eines Theils der Truppen. Viele Offiziere dort erklären geradezu die Landwehr, die nur ein paar Monate dient, für eine bessere Truppe, als die Linie; sie haben jedenfalls das für sich, daß ein Landwehrbataillon, wie wir versichert wird, in 24 Stunden mobil macht, während ein Linienbataillon mehrere Tage dazu braucht. Natürlich: bei der Linie fürchtet man sich, den altösterreichischen breitspurigen Schlandrian anzutasten, bei der Landwehr, wo alle Einrichtungen neu geschaffen, hat man dagegen den Muth gehabt, ihn nicht einzuführen. Jedenfalls feucht in Oesterreich Volk wie Regierung nach Erleichterung der Militärlast, und die ist hier, gerade auf Grund der gemachten eigenen Erfahrungen, am ehesten zu haben durch Herabsetzung der Dienstzeit.

Italien wird ebenfalls mit beiden Händen zugreifen. Es erliegt unter dem Druck des Kriegsbudgets, und zwar in solchem Grad, daß hier Abhilfe geschafft werden muß, und das bald. Auch hier ist Verkürzung der Maximaldienstzeit der nächste und einfachste Weg. Man kann also sagen: entweder geht der Dreibund in die Brüche, oder er muß zu einem Mittel greifen, das mehr oder weniger auf unsern Vorschlag hinausläuft.

Wenn aber Deutschland, gestützt auf die Annahme durch Oesterreich und Italien, diesen Vorschlag der französischen Regierung unterbreitet, so kommt diese in eine sehr fatale Stellung. Nimmt sie an, so verschlechtert sie ihre relative militärische Lage absolut nicht. Im Gegentheil, sie erhalte Gelegenheit, diese relative Lage zu verbessern. Es ist in mancher Beziehung ein Nachtheil für Frankreich, daß die allgemeine Wehrpflicht dort erst seit 20 Jahren eingeführt ist. Aber dieser Nachtheil schließt den Vortheil ein, daß alles noch neu ist, daß der alte Hops von Anno Lobal erst neuerdings abgeschnitten worden, daß weitere Verbesserungen leicht einzuführen sind, ohne auf den zähen Widerstand eingestostener Vorurtheile zu stoßen. Alle Armeen sind ungemein bildungsfähig nach großen Niederlagen. Eine bessere Ausnutzung der vertragmäßigen Dienstzeit wäre daher in Frankreich weit leichter durchzuführen als anderswo, und da

auch das Schulwesen, ganz wie die Armee, sich im Zustand der Revolutionirung befindet, so wird auch die allgemein körperliche und speziell militärische Vorbildung der Jugend sich dort weit rascher und leichter ins Werk setzen lassen als anderswo. Das würde aber bedeuten, daß die militärische Machtstellung Frankreichs gegenüber Deutschland sich verstärkt. Trotz alledem ist es möglich und selbst wahrscheinlich genug, daß die chauvinistische Strömung — der französische Chauvinismus ist genau so dumm wie der deutsche — stark genug wird, jede Regierung zu stärken, die so etwas annimmt, namentlich wenn es von Deutschland kommt. Nehmen wir also an: Frankreich lehnt ab. Was dann?

Dann ist Deutschland durch die bloße Thatsache, daß es diesen Vorschlag gemacht, in enormen Vortheil gesetzt. Wir dürfen nicht vergessen: Die siebenundzwanzig Jahre Bismarckwirtschaft haben Deutschland — nicht mit Unrecht — im ganzen Ausland verhaft gemacht. Weder die Annexion der nordschleswigschen Dänen, noch die Nicht-einhaltung und schließliche Eskamotage des auf sie bezüglichen Prager Friedensartikels, noch die Annexion Elsaß-Lothringens, noch die kleintlichen Maßregeln gegen die preussischen Polen hatten mit der Herstellung der „nationalen Einheit“ das geringste zu thun. Bismarck hat es verstanden, Deutschland in den Ruf der Ländergier zu bringen; der deutsche chauvinistische Bürger, der die Deutschösterreicher hinauswarf und demüthig Deutschland noch immer „von der Etzsch bis an die Memel“ über alles brüderlich zusammenhalten will, der dagegen Holland, Flandern, die Schweiz und die angeblich „deutschen“ Ostprovinzen Rußlands mit dem Deutschen Reich vereinigen möchte — dieser deutsche Chauvin hat Bismarck redlich geholfen, und mit so herrlichem Erfolg, daß heute den „bißern Deutschen“ kein Mensch in Europa mehr traut. Geht wohin ihr wollt, ihr werdet überall Sympathien mit Frankreich finden, aber Mißtrauen gegen Deutschland, das man für die Ursache der gegenwärtigen Kriegsgefahr hält. Dem allem würde ein Ende gemacht, entschloße Deutschland sich zur Stellung unseres Antrages. Es träte als Friedensstifter auf in einer Weise, die keinen Zweifel zuläßt. Es erklärte sich bereit, voranzugehen im Werk der Abrüstung, wie dies von Rechtswegen dem Lande zukommt, das das Signal zur Abrüstung gegeben hat. Das Mißtrauen müßte sich in Zutrauen, die Abneigung in Sympathie verwandeln. Nicht nur die Redensart, der Dreibund sei ein Friedensbund, würde endlich Wahrheit, sondern auch der Dreibund selbst, der jetzt nur ein Schein ist. Die ganze öffentliche Meinung Europa's und Amerika's träte auf Seiten Deutschlands. Und das wäre eine moralische Eroberung, die selbst alle, möglicher Weise noch herauszuspintirenden, militärischen Nachtheile unseres Vorschlags überreichlich aufwöge.

Frankreich dagegen, das den Abrüstungsvorschlag abgelehnt, käme in dieselbe ungünstige Verdachtsstellung, wie Deutschland jetzt. Nun sehen wir alle, würde der europäische Philister sagen — und der ist die größte Großmacht —, nun sehn wir alle, wer den Frieden will

und wer den Krieg. Und wenn dann vielleicht einmal eine wirklich kriegslustige Regierung in Frankreich an's Ruder käme, sie stände vor einer Lage, die ihr, bei einigem Verstande, den Krieg absolut verböte. Wie sie sich auch anstellte, vor ganz Europa stände sie da als der Theil, der den Krieg heraufbeschworen, heraufgezungen hat. Damit hätte sie nicht nur die Kleinen, nicht nur England gegen sich gestimmt, sie würde nicht einmal der Hilfe Rußlands sicher sein, nicht einmal jener traditionellen Hilfe Rußlands, die darin besteht, daß es seine Bundesgenossen erst hineinreitet und dann im Stiche läßt.

Vergessen wir nicht: im nächsten Kriege entscheidet England. Der Dreibund, in Krieg gegen Rußland und Frankreich, ebensowohl wie Frankreich, von Rußland getrennt durch feindliches Gebiet, sie alle sind für die ihnen unentbehrliche starke Korneinfuhr angewiesen auf den Seeweg. Diesen beherrscht England unbedingt. Stellt es seine Flotte dem einen Theil zur Verfügung, so wird der andere einfach ausgehungert, die Kornzufuhr wird abgeschnitten; es ist die Auszehrung von Paris auf kolossal vergrößertem Maßstab, und der ausgehungerte Theil muß kapituliren, so sicher zweimal zwei vier ist.

Nun gut: in diesem Augenblick hat die liberale Strömung in England Oberwasser, und die englischen Liberalen haben entschieden französische Sympathien. Dazu ist der alte Gladstone persönlich ein Ruffenfreund. Bricht ein europäischer Krieg aus, so bleibt England so lange wie möglich neutral; aber selbst seine „wohlwollende“ Neutralität kann unter den erwähnten Umständen einer der kriegsführenden Parteien von entscheidender Hilfe sein. Macht Deutschland unseren Vorschlag und wird er von Frankreich abgelehnt, so hat Deutschland nicht nur alle entgegenstehenden englischen Sympathien überwunden und sich Englands wohlwollende Neutralität gesichert; es hat außerdem der englischen Regierung so gut wie unmöglich gemacht, im Krieg den Gegnern Deutschlands sich anzuschließen.

Also zum Schluß: Entweder nimmt Frankreich den Vorschlag an. Dann ist die Kriegsgefahr, die aus den stets gesteigerten Rüstungen erwächst, thatsächlich beseitigt, die Völker kommen zur Ruhe, und Deutschland hat den Ruhm, dies eingeleitet zu haben.

Oder Frankreich nimmt nicht an. Dann verschlechtert es seine eigene Stellung in Europa und verbessert Deutschlands Stellung in einem solchen Grad, daß Deutschland einen Krieg absolut nicht mehr zu fürchten braucht, und sogar ohne alle Gefahr im Verein mit seinen Bundesgenossen, die dann erst wahrhaft seine Bundesgenossen — auf eigene Faust zu einer allmählichen Herabsetzung der Dienstzeit und Vorbereitung zum Milizsystem schreiten kann.

Wird man den Muth haben, den rettenden Schritt zu thun? Oder will man warten, bis Frankreich, aufgeklärt über die Lage Rußlands, den ersten Schritt thut, und den Ruhm für sich einerntet?

Friedrich Engels.

### Feuilleton.

Wachdruck verboten.

193

### Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepnial.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Kapitel IV.

Ein neuer Plan.

Sie sollten sich an diesem Morgen im Stadtgarten treffen. Eine halbe Stunde vor der bestimmten Zeit sah Andrej auf einer Bank am Ende eines abgelegenen Weges. Als er Sina's lichtbraunes Kleid durch die Bäume schimmern sah, ging er ihr entgegen.

„Was giebt's?“ fragte er. Sie antwortete nicht sofort. Ein Herr, welcher seinen Morgenspaziergang machte, ging in diesem Momente gerade vorbei. Eine Zeit lang schritten sie schweigend einher. Sina sah sehr ernst aus; etwas mußte vorgefallen sein, obgleich Andrej nicht errathen konnte, was es war.

„Nun?“ fragte er, als sie aus jedermanns Gehörweite waren.

„Alles ist wieder vereitelt,“ antwortete Sina, ihm ins Antlitz blickend. „Der Gang ist von den Aufsehern entdeckt worden.“

Andrej blieb bestürzt stehen.

„Entdeckt!“ rief er aus.

„Vorige Nacht. Gehen wir aber lieber zur Bank. Ich werde Ihnen alles erzählen.“

Sie setzten sich auf Sina's Lieblingsbank. Sie lag abgefordert und hatte den Vortheil, daß man von ihr aus jeden Ankomenden schon aus größerer Entfernung sah.

Sier erzählte die junge Frau kurz, wie es zugegangen war. Runihin war gerade in den Gang gestiegen, um die letzten paar Fuß Erde auszugraben, als unter seinen Mitgenossen ein Bärm entstand. Sie spielten Karten. Einer hatte falsch gespielt und ein anderer hatte sich auf ihn mit einem Messer gestürzt und ihn an der Schulter verwundet. Die Wächter eilten bei dem Geräusch herbei. Runihin hatte kaum Zeit ins Bett zu springen; er konnte aber die Diele, welche die Deffnung des Ganges verdeckte, nicht mehr ordentlich hinlegen. Ein Wächter stolperte gegen die vorstehende Erde, und der Gang war im selben Moment entdeckt.

Andrej blickte Sina, während sie sprach, aufmerksam an, achtete aber kaum auf die einzelnen Worte. Ihr Plan war vernichtet, das war das Einzige, was ihm klar war.

„Das ist die Frucht unserer Verzögerung!“ rief er vorwurfsvoll aus.

Er war so betrübt, daß er nicht bedachte, wie grausam und ungerecht seine Bemerkung war.

„Wir wären noch viel schlechter gefahren, wenn wir nicht vorsichtig gewesen wären,“ erwiderte Sina ruhig. „Wenn die Schließer durch Judat vorher davon Wind bekommen hätten, wäre uns eine Falle gestellt und alle Unsrigen gefangen genommen worden. Jetzt haben wir nur von neuem zu beginnen.“

„Zum dritten Male, denke ich!“ warf Andrej mürrißlich ein.

„Nein, zum fünften. Wir haben drei verschiedene Pläne versucht und aufgegeben, bis wir uns für den letzten entschieden.“

„Welches wird dann unser nächstes Experiment sein? Ist uns noch etwas übrig geblieben?“ fragte Andrej und versuchte ruhig zu sein.

„Offentlich wird sich etwas finden. Wir müssen sehen. . . . Boris kann vielleicht etwas vorschlagen. . . . Unser Geld geht zu Ende — das ist das Schlimmste.“

Es entstand eine lange Pause, beide gaben sich ihren eigenen Gedanken hin.

Sina brach das Schweigen.

„Ich bin benachrichtigt worden, daß der Untersuchungsrichter von St. Petersburg aus den Befehl erhalten hat, Boris' Prozeß rasch zu Ende zu führen.“

Sie hatte dies von der Frau eines Gerichtsdieners gehört, der mit dem Prozeßgange vertraut war.

„Worauf läuft das hinaus?“ fragte Andrej.

„Auf nichts Besonderes. Sie werden wieder einige Verhöre anstellen; das ist alles.“

„Findet das Verhör innerhalb des Gefängnisses statt, oder werden die Gefangenen anderswohin gebracht?“ fragte Andrej, dem ein Gedanke durch den Kopf fuhr.

„Das Verhör geht in der Stadt vor sich,“ erwiderte Sina. „Die Untersuchungskommission hält es unter ihrer Würde, sich zu ihren Opfern zu bemühen. Die Gefangenen werden unter Eskorte in den Gerichtssaal gebracht, in dem die Kommission ihre Sitzungen abhält.“

„Wie wäre es, wenn wir auf dem Wege dorthin einen Befreiungsversuch machten?“ fragte Andrej, sich Sina zuwendend.

Sie blickte ihn erstaunt an.

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. März.

**Aus dem Reichstage.** Die zweite Lesung des Militär-  
etats brachte heute die bei dieser Gelegenheit üblichen Klagen  
und Beschwerden. Militärkapitän, Konkurrenz der Militär-  
musiker und dito Handwerker gegen die Privaten, Aende-  
rung der Militärstrafprozess-Ordnung, Soldaten-Mißhand-  
lungen etc. Was den Militärkapitän betrifft, die von den Militär-  
verwaltungen theilweise geführten schwarzen Listen, sowie  
die Beeinflussung der Privatunternehmer, keinen Sozial-  
demokraten zu beschäftigen, betrifft, so geißelten die Ab-  
geordneten Nebel, Ulrich und Grillenberger dieses Treiben  
in gebührender Weise. Letzterer wies auch auf das ganz nutz-  
lose und Zwecklose eines solchen Verfahrens hin, durch das der  
Sozialdemokrat nicht ein Mann abgesperrt gemacht, wohl aber  
Drohgefahr und Verstellung groß gezogen werde. Ulrich zeigte an  
einigen drastischen Fällen, wie Verurtheilte, sobald sie aus be-  
stimmten Gegenden oder Ortschaften kommen, so z. B. von  
Offenbach a. M., schon von vornherein als Sozialdemokraten  
behandelt und nicht selten miß-kannt werden. Ueber den  
Militärkapitän beklagte sich auch der Abgeordnete Köstke  
bitter, im Interesse der Lokalbisher, welche dadurch nicht  
selten zwischen zwei Feuer kommen. Seitens des Herrn  
Kriegsministers wurden in bekannter Weise alle diese  
Klagen zurückgewiesen und erklärt, daß die Militärverwal-  
tung vor wie nach mit aller Energie gegen jede sozial-  
demokratische Erscheinung vorgehen werde. Da diese Hal-  
tung der Militärbehörden bis jetzt nur dazu beigetragen  
hat, das Drachengift der Opposition in sonst der Sozial-  
demokratie unzugängliche Kreise zu tragen, so können  
wir uns, vom Parteistandpunkt aus, nur zu der  
Erklärung des Kriegsministers gratulieren. Ahlwardt,  
der heute seinen Jungspernspech hielt, hat den  
einen oder anderen vielleicht insofern enttäuscht, als er zwar  
die Frage der Judenstimmen streifte, sich aber auf den Vor-  
wurf beschränkte, daß die Regierung bei der Abnahme der  
Gewehre es an der „gemissten Fabrikation“ gegenüber not-  
wendigen besonderen Kontrolle habe fehlen lassen.

Ueber das Kapitel militärische Justizpflege brachte der  
Abgeordnete Kunert ein ungemein reiches Material bei,  
aus dem er zu beweisen suchte, daß Vergehen der Soldaten  
ungemein hart, Vergehen der Vorgesetzten aber — be-  
sonders wenn es sich um Mißhandlungen Untergebener  
drehe — überraschend milde bestraft werden.

Der Redner brachte dabei einzelne Fälle von Soldaten-  
mißhandlungen zur Sprache, welche lebhaft an den be-  
kannten Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen erinnerten.  
Der Vertreter des Kriegsministers wußte darauf nur mit  
einer begeisterten Trostrede auf die Zustände in den mili-  
tärlichen Strafanstalten zu antworten. Außerdem betonte  
er, daß die gefällten Urtheile auf gesetlicher Grundlage be-  
ruhen; letzteres ist von Kunert auch keinesweges bestritten  
worden. Es kommt nur darauf an, wie in dem einzelnen  
Falle das Gesetz angewendet wird. Und was in dieser Hin-  
sicht auf dem Gebiete der Militär-Justizpflege möglich, dar-  
auf haben die Ausführungen des Abgeordneten für Halle  
nur allzu charakteristische Schlaglichter geworfen.

Die X. Kommission hat ihren Bericht über  
den Gesetzentwurf, betreffend Ergänzung  
der Bestimmungen über den Wucher,  
erstattet. Die Vorlage der Regierung ist im wesentlichen  
unverändert angenommen. Nur der Artikel 4 hat  
folgende neue Gestalt erhalten: „Wer gewerbmäßig Geld-  
oder Kreditgeschäfte betreibt, hat für jeden, mit welchem er  
darans in Geschäftsverbindung steht, nach Schluß des  
Kalenderjahres die Rechnung abzuschließen  
und das Ergebniß dem Schuldner binnen  
drei Monaten schriftlich mitzutheilen,  
sofern nicht vorher schon eine schriftliche Ab-  
rechnung stattgefunden hat. Ein Schuld-  
erkenntniß oder eine Schulverwandlung ersetzt nicht eine  
solche schriftliche Abrechnung. Wer sich dieser Verpflichtung  
vorsätzlich entzieht, wird mit Geldstrafe bis zu fünfshundert  
Mark oder mit Haft bestraft und verliert den Anspruch auf  
die Zinsen für das verfloßene Jahr hinsichtlich der Ge-  
schäfte, welche in dem Rechnungsabschluß nicht enthalten  
sind. Die vorstehenden Bestimmungen finden keine An-  
wendung: 1. auf öffentliche Banken, Notenbanken, Boden-  
kreditinstitute und Hypothekendarlehen auf Aktien, 2. auf  
Kaufleute im Geschäftsverkehr mit Kaufleuten, deren Firma  
in das Handelsregister eingetragen ist.“

„Auf der Straße einer großen Stadt? Am hellen Tage?  
Sind Sie von Sinnen?“

„Ich habe diesen Plan nicht positiv vorgeschlagen. Es  
war nur eine Eingebung, die der Erwägung jedenfalls werth  
wäre. Könnten Sie mir sagen, wie stark die Bedeckung  
gewöhnlich ist?“

„Das letzte Mal wurden sie von vier Gendarmen be-  
gleitet.“

„Nur vier! Das ist nicht so schlimm, als ich erwartet  
hätte.“

Er begann jetzt seinen Plan ernster zu verteidigen, er  
legte dar, daß die Gefahr, eine Polizei-Eskorte auf offener  
Straße am hellen Tage anzugreifen, nicht so groß war, als  
sie im ersten Momente erschien. Wenn der Anschlag wirk-  
lich durchgeführt werden sollte, müßte er in einer halben  
Minute entschieden sein. Ein Auflauf wäre nicht zu be-  
fürchten, denn die Zeit wäre kurz. Aller Wahrscheinlichkeit  
nach würden sich die Unbetheiligten bei den ersten Schüssen  
aus dem Staube machen, um nicht ins Handgemenge zu  
gerathen. Ueberdies könnte man zum Angriff einen Ort  
wählen, der weniger belebt wäre. Das Gefängniß lag in einer  
Vorstadt, und die angrenzenden Straßen waren sogar während  
der regsten Geschäftszeit menschenleer.

„Sie vergessen aber etwas Wesentliches,“ fiel Sina ein.  
„Die Bedeckung. Vier Mann müssen doch wenigstens von  
vier auf unserer Seite angegriffen werden, wenn ich selbst  
den Vortheil der Ueberrumpelung zugesteh. Mit den drei  
Gefangenen sind es dann sieben. Wir brauchen dann noch  
zwei Wagen und zwei Kutscher, um sie alle fortzubringen.  
Bedenken Sie nur, welche Konfusion das abgeben würde...“

„Mit ein wenig Energie von unserer Seite könnten  
wir doch das Geld und die Leute dazu austreiben,“ sagte  
Andrej.

„Möglich. Es wird aber ein regelrechter Kampf sein  
und keine Ueberrumpelung. Darnach streben wir nicht.  
Was nützt es, wenn wir die Gefangenen befreien und dafür  
einige der Befreier verlieren?“

(Fortsetzung folgt.)

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung dem  
Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen  
dem Reich und dem Freistaat von Kolumbien seine Zu-  
stimmung ertheilt und hat ferner dem Gesetzentwurf zum  
Schutze der Waarenbestimmungen zugestimmt.

**Bundesrathliches.** Nach Antrag der Bundesraths-  
Ausschüsse soll der Entwurf einer Branntwein-  
Reinigungs-Ordnung am 1. April d. J. in Kraft  
treten und der Bundesrath beschließen, daß nach näherer  
Bestimmung der Direktionsbehörde in den Branntwein-  
Reinigungsanstalten, die bisher nur ein Prozent Schwund  
steuerfrei erhalten können, nachträglich für die seit den er-  
folgten Bestandsaufnahmen der glaubhaft nachgewiesene  
Schwundverlust bis zur Höhe von 2 1/2 pCt. der zur  
Destillation verarbeiteten Littermenge reinen Alkohols außer  
Steueranspruch gelassen werden darf. Die Branntwein-  
Reinigungsordnung umfaßt 73 Paragraphen und enthält  
Bestimmungen über die Arten von Branntwein-Reinigungs-  
anstalten, über die Vergünstigung, über die Anmeldung der  
Räume und Geräte, über die Anmeldung und Abfertigung  
von Branntwein zur Reinigungsanstalt, über die Register-  
führung, über Haftung und Sicherheitsleistung der Angabe,  
über Betriebsführung und Steueraufsicht, über Bestands-  
aufnahmen und Schwundnachlaß, sowie über Straf-  
bestimmungen.

**Der Unfall des Deutschfreisinnigen.** In der „Frei-  
sinnigen Zeitung“ liest man die folgende parteiamtliche Mit-  
theilung:

„In der Fraktionsitzung der freisinnigen  
Partei, welche am Mittwoch Abend über die Militärvorlage  
bei Anwesenheit von 62 Mitgliedern verhandelte, konstatierte  
am Schluß der Verhandlungen der Vorsitzende, daß nach dem  
Gesamteindruck der gesprochenen Verhandlungen kein Zweifel  
darüber bestehen könne, daß die Fraktion auf demselben Stand-  
punkt stehe, wie vor der ersten Verathung der Militärvorlage  
im Plenum. Auch wurden zwischen den Mitgliedern der  
Militärkommission Erklärungen gewechselt, welche einen überein-  
stimmenden Gang der Verhandlungen in der Kommission  
sichern.“

Diese gewundene Erklärung, die nicht gehauen und  
nicht gestochen ist, geht um den Kernpunkt der Frage  
vorsichtig herum. Der deutschfreisinnigen Kasse ist eben der  
Wort viel zu heiß. Warum wird nicht schlangweg festgestellt,  
daß die Fraktion entschiedene Gegnerin der Vor-  
lage sei, daß sie diese Vorlage durchaus ablehne?  
Auf solche eine offene Rundgebung wartet die große  
Masse der deutschfreisinnigen Wähler. Sieht sie sich  
in ihren Erwartungen wie hier getäuscht, um so  
schlimmer für die Fraktion, um so besser für  
uns. Wenn wirklich die Deutschfreisinnigen gegen die  
Militärvorlage sind, weshalb wird dies nicht gesagt, wes-  
halb wird nichts Genaueres verlautbart über „denselben  
Standpunkt“? Mit solch windigen Erklärungen lockt man  
keinen Hund hinterm Ofen vor. Aus ihnen ergibt sich  
nur, daß thatsächlich die Kompromißsucht die Mannes-  
seelen der Wadelstrümpfe bis zum Rande erfüllt, und daß  
die Hingie, die Nicket und andere Windfahnen knarrend sich  
nach der Richtung Caprivi drehen.

**Zur Klassenjustiz — ein weißer Rabe.** Der be-  
rühmte Wiener Professor Benedikt richtet einen offenen  
Brief an seine englischen Genossen, der also beginnt: „Seit  
Jahr und Tag quält mich die Sorge, daß infolge einer  
herrschenden Unklarheit in der Wissenschaft eine Klassen-  
justiz geschaffen werde, die faktisch bei uns schon zu einer  
Gewohnheitsinstitution zu werden droht. Wenn nämlich  
jemand aus den besser situierten Gesellschaftsklassen ein Ver-  
brechen begeht oder einen leichtsinnigen Lebenswandel, der  
für die Familie verderblich werden kann, führt, so ist es  
schon ins allgemeine Bewußtsein eingedrungen, man müsse  
eine psychiatrische Untersuchung einleiten, es werde  
wahrscheinlich gelingen, daß Moral insanity (Kranksein der  
Moral), vielleicht auch ein niedriger Grad von Intelligenz  
diagnostiziert werde, und daß dann ein Zeugniß auf Un-  
zurechnungsfähigkeit ausgestellt wird. Es ist dies besonders  
ein ganz handwerksmäßiger Usus in der advokatorischen  
Praxis geworden. Es wird dann eine Kontumazierung  
des Uebelthäters in eine Privat-Heilanstalt vorgenommen,  
bis Graß über die Affäre gewachsen ist. Die Anklage war  
schon früher auf diese Weise bei Seite geschoben.“ Gegen  
den Schluß der weltberühmte Gelehrte: „Ich weiß,  
daß mein Wahnsinn wegen der Klassenjustiz diesseits und  
jenseits des Ozeans einen mächtigen Widerhall finden wird.  
Aber in meiner Heimath besitze ich keine Autorität und  
keinen Einfluß. Die offizielle medizinische Welt weiß es  
nicht oder thut wenigstens, als ob sie es nicht wüßte, daß  
ich eine autoritative oder überhaupt eine Stellung in der  
internationalen Welt der Psychopathologen (Seelenheil-  
künstler) einnehme, und dieser Kreis hat, so sonderbar  
es Ihnen auch scheinen mag, das Ohr und die Brachial-  
gewalt (Arm) der Regierung völlig zur Verfügung.“ Das  
heißt auf gut österreichisch: Wegen meines beschränkten  
Unterthanenverstandes habe ich nach Oben das Maul zu  
halten. Trösten Sie sich, Herr Professor, mit Ihrem  
Kollegen Birchow, dem geht es in Preußen auch nicht besser  
wie Ihnen in Oesterreich! —

**Ein Vertrag zur Geschichte der „unpolitischen“  
Kriegervereine.** In der „Parole“, einem amtlichen  
Organ der Kriegervereine, liest man:

„Riegelberg im Saarholzenrevier. Das  
Verhalten unserer Kameraden in dem letzten Streit, ins-  
besondere der Umstand, daß die größere Mehrzahl der-  
selben den von Bildstock ausgehenden sozialistischen  
Lehren willige Ohren lieh und der rothen Fahne eifrig folgen  
zu wollen schien, machte den Vorständen der einzelnen Vereine  
sowohl als auch dem Bezirksvorstande zu St. Johann a. d. E.  
nicht wenige Kopfschmerzen, trotzdem man überzeugt war, daß  
das Gros dieser sähnenflächtigen Kameraden aus Unwissenheit  
und Furcht, und nur eine verschwindende Minderzahl in voller  
Ueberzeugung gehandelt hatte. Es war nun die Aufgabe der  
Vorstände, ein Mittel zu finden, um Spreu und Weizen zu  
sondern. Zu diesem Zwecke fand zu St. Johann eine Bezirks-  
Vorstandssitzung mit hinzugezogenen Vereinsvorständen statt.  
Nach langer Debatte einigte man sich dahin, daß von den  
Mitgliedern des Deutschen Krieger-Bundes, welche Mitglieder  
des Bildstocker Rechtschutzvereins sind, eine Erklärung darüber  
abgefordert werde, ob sie bis zum 1. April d. J. auscheiden  
und keinerlei sozialistische Zeitschriften in Zukunft weder  
halten noch verbreiten helfen wollen. Jeder ehemalige Krieger,  
der sich weigert, diese bestimmte Erklärung abzugeben, soll ohne  
weiteres als aus dem Verein ausgeschlossen betrachtet werden.  
Um diesen Beschluß zur Ausführung zu bringen, hatte am Sonntag  
den 19. Februar Herr Bürgermeister Speicher zu  
Riegelberg den Kriegerverein „Friedrich“ zu einer  
außerordentlichen Generalversammlung zu-

sammenkommen lassen. Von dem über 820 Mann  
starken Verein war vielleicht die Hälfte er-  
schienen. Mit sichtlich Spannung hörte  
man den Beschluß des Bezirksvorstandes an.  
Darauf setzte der Vorsitzende in eindring-  
lichen Worten seine Ansichten über den Bild-  
stocker Rechtschutzverein und die Gefahren,  
die er den Vereinen bringe, auseinander.  
Die Wirkung dieser Ansprache war eine erfreu-  
liche; denn fast alle anwesenden Vergleute er-  
klärten, sofort aus dem Rechtschutzverein aus-  
zutreten zu wollen. Gebet Gott, daß auch die Kameraden in  
den Nachbarvereinen bald denselben oder noch besseren Erfolg be-  
richten können; dann wird die rothe Fahne in Bildstock bald  
sinken und dann wäre es wahrscheinlich, daß der große  
„Kladderadatsch“ für die dortigen Maulhelden schon im Jahre  
1893 eintreten könnte.“

Unter Assistenz des Bürgermeisters wird das Recht der  
freien Meinung munter vergewaltigt. Die naseweisen  
Polterker der „Parole“ dürften bei dem großen „Kladder-  
adatsch“, der ihrer Kriegervereins-Herrschaft bevorsteht, mit  
Geldennuth zuerst das Hagenpanier ergreifen. Im Uebrigen  
ist es erfreulich, daß auch in den Kriegervereinen das sozial-  
istische „Gift“ zerlegend und auflösend wirkt, laut dem  
eigenen Zugeständniß der ruhmredigen „Parole“. — Politik  
treiben diese Herren, ein Bürgermeister wirkt dabei mit,  
aber „unpolitisch“ bleiben sie doch. Es lebe das Vereins-  
gesetz! —

**Vereine, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten  
beschäftigen,** dürfen nach dem preussischen Vereinsgesetz  
nicht miteinander in Verbindung treten. Wenn Sozial-  
demokraten dagegen verstoßen werden, werden sie schwer be-  
straft. Die antisemitischen Deutsch-Sozialen nehmen  
aber offenbar an, daß man mit ihnen nicht oder nicht hart  
ins Gericht gehen werde. Sie halten am 22. März in  
Dortmund einen Parteitag ab, zu dem sie die deutsch-  
sozialen Vereine und Ortsgruppen auffordern,  
Delegirte zu wählen. Das ist nach dem Gesetz strafbar.  
Uns liegt natürlich nichts an einer Bestrafung dieser Leute,  
aber wenn ihnen das jegige Vereinsgesetz selbst unbecquem  
ist, dann mögen sie mit dafür sorgen, daß es abgeschafft  
wird; wir können nicht dulden, daß arme Arbeiter für ein  
Vergehen schwer büßen müssen, dessen Verübung den wohl-  
genährten Herren der Antisemiterei nach ihrer zu ver-  
muthenden Hoffnung gar keine oder nur eine äußerst milde  
Strafe einbringt.

**Aus der Ferienkolonie.** Aus Koblenz wird der  
„Frankfurter Zeitung“ unterm 6. März geschrieben: „Vier  
Selbstmorde von Soldaten passirten hier im Ver-  
lauf weniger Wochen. Vorgestern erhängte sich ein  
Fufartillerist vom Regiment Ende (Magdeburg'sches) Nr. 4  
in Militärarresthaus und gestern Abend erschoss sich ein  
Soldat des Infanterie-Regiments v. Goeben (2. Rhein.)  
Nr. 28 auf Posten im Zivilarresthaus.“

Wie's gemacht wird. Als sich am 1. ds. Mts. der  
Bataillon-Kommandeur in Pandschut (Wagern)  
von den zur Übung einberufenen gewesenen Reservisten  
und Landwehrlenten verabschiedete, benutzte er diese  
Gelegenheit zum Hinweis darauf, daß für den Militärs-  
mann die Stellungnahme zur Militärvorlage genau  
vorgezeichnet sei. Wenn sich dieses Vorgehen nicht als  
amtliche Beeinflussung kennzeichnet, was ist dann  
amtliche Beeinflussung? —

**12 306 Jesuiten!** Arme „evangelische Männer“,  
welche Schreden drohen Euch! Der an hochgradiger chro-  
nische Jesuitophobie (Jesuitenscheu) leidende Dalische  
Theologieprofessor Willibald Benschlag macht alle  
Diffrustruppen zum Kampfe für das Jesuitengegense mobil.  
Jetzt läßt sich dieser geistesstarke Held von dem befannten  
Theologen Richard Weitbrecht einen Artikel über  
die „Waffen der Jesuiten“ schreiben, der in den „Deutsch-  
Evangelischen Blättern“ erschienen ist und von den glauben-  
starken liberalen Blättern eifrig nachgedruckt wird. Da  
heißt es: „In Wirklichkeit sind die paar Jesuiten  
12 306 Ordensglieder, von denen auf Deutschland tausend  
„gerechnet“ werden. Es können nach Aufhebung des  
Jesuitengegesetzes aber ebenfugot alle 12 000 nach Deutsch-  
land kommandirt werden!“ Im Jahre 1885 gab es in  
Deutschland 29 869 847 Protestanten, also 62,68  
Prozent der Bevölkerung gehörten diesem Bekenntniß an.  
Schon sehen wir, wie die 1000 oder „ebenfugot“ die  
12 306 Väter der Gesellschaft Jesu, das „Jesuwiderhül-  
lein“, um mit Fischart zu reden, läßt in den Nacken ge-  
schoben, das Ordenskleid zum Marschtritt aufgeschürzt, sich  
auf die dreißig und mehr Millionen der protestantischen  
Opfer werfen, die rettungslos mit schlotterndem Gebein auf  
Ignatius von Loyola sich einschwindern lassen müssen. Das  
Gemeißel dieses Jesuitenfeldzuges wird Herodes überherodi-  
stren, und das monumentale Beinhaus der Dingeschlachteten  
wird ein wahres Arsenal von Perriden, Schlafmügen,  
Schlappschuhen und Waschlappen bilden. Wir erwarten  
den Einfall der Jesuiten läßt bis an's Herz hinan. Da  
aber die Benschlag und Weitbrecht, die Tante Voß und  
Konforten so ängstlich gadern, das Kapitol sei in Gefahr,  
so soll es uns ein liebliches Ergötzen sein, wenn den  
warrenden Gänsen des Kapitols reichum der Kragen um-  
gedreht wird — von den 12 306 Jesuiten. Der alte  
Frisch, der Abgott der liberalen Kulturkämpfer, dessen  
Schatten wir jüngst aus dem Dunkel der preussischen  
Staatsarchive zitrten, würde sich nicht wenig belustigen  
über diese kindische Furcht der protestanteneinlichen  
„Krapüle“. —

**Die schlesischen Handwerker,** deren Glend sprich-  
wörtlich ist, erscheinen den Herren, die im schlesischen  
Provinziallandtag Diäten verzehren, offenbar  
noch nicht als Nothleidende. Wie aus Breslau be-  
richtet wird, hat der Provinziallandtag die zur Hebung  
der Lage der Hauswerker beantragte Bagatelle von  
zehntausend Mark, einen wahren Pappenstiel,  
abgelehnt. Der Hungertypus ist eben keine Agrarier-  
krankheit, sondern ein Sonderleiden schlesischer Leineweber.  
Wie sie alle für die Sozialdemokratie wirken, diese christ-  
lich-deutschen Sozialreformer! „Wir weben, wir weben.“ —

**Die Junker** dürfen auf die thatkräftige Hilfe der  
Regierung zählen. Während die Organisation der Arbeiter  
mit Mißtrauen beobachtet, tribulirt, bis zur Verklammerung  
eingewängt oder gar unterdrückt wird, wird die mächtige  
Klasse der Großgrundbesitzer, die doch das Pest in Händen  
hat, noch des weiteren gefördert. Jetzt sollen sie auch Land-  
wirtschaftskammern erhalten. Es ist nach einer

offiziösen Meldung die gesetzgeberische Ausgestaltung des Gedankens innerhalb der Staatsregierung zur Erörterung gezogen, und zwar sei dabei auch erwogen, ob es nicht angängig sein würde, noch in der jetzigen Session dem Landtage eine entsprechende Vorlage zu machen. Arbeitsskammern freilich sind ein Nährmichnichtan für die Sozialreform von oben. Was sie sät, wird sie auch ernten müssen.

**Der Bund der Landwirthe hat bereits sein amtliches Vereinsorgan.** Es ist die in Buzlau in Schlesien erscheinende „Landwirthschaftliche Thierzucht“, dasselbe Blatt, worin zuerst der Nutzer im Streit, Herr Kuprecht-Kaufers seine Stimme erhob: „Schreien wir, schreien wir, schreien wir!“ Ein geeigneteres Blatt als die „Thierzucht“ hätte der Fachverein der Brotvertheurer gar nicht finden können. — Die nothleidenden Agrarier veranstalteten im Kreise Grimmen, um sich von den Anstrengungen der Nothstandsreise nach Berlin zu erholen, am Sonntag unter Betheiligung von ungefähr 150 Personen eine große Festlichkeit, bestehend aus Konzert, Festmahl und Ball, wobei, wie aus dem Kreise geschrieben wird, sehr viel Sekt konsumirt wurde. Der pommerische Bih hat das Fest mit dem Namen „Nothstandsball“ bezeichnet. Noch „heller“ sind die agrarischen Schächer. In einem Dahlemer Lokalblatt — Dahlen liegt im Königreich Sachsen, nahe Wurzen — liest man das nachstehende „Eingefandte“:

Der landwirthschaftliche Verein Dahlen, welcher heute 280 Mitglieder zählt, hatte beschloffen, am 1. März d. J. sein von zwei zu zwei Jahren stattfindendes Stiftungsfest, wie dies bis jetzt seit 50 Jahren der Fall gewesen, durch ein kleines Festessen und Ball zu begehen. Infolge einer zu schwachen Betheiligung (es hatten nur 42 Mitglieder gezeichnet), welche einzig und allein nur auf die überaus gedrückten Verhältnisse, übermäßigen Lasten, und die höchst traurige Lage, in welcher sich die Landwirthschaft jetzt befindet, zurückzuführen ist, hat sich der Verein leider genöthigt gesehen, dies Vergnügen gänzlich ausfallen zu lassen, was im Vereinsbezirke allerseits mit aufrichtiger Freude begrüßt wurde.

Gut gebrüllt! Wenn sich die „Kreuz-Zeitung“ nur diesen Beleg für die Nothlage der deutschen Landwirthschaft nicht entgehen läßt! — In der „Breslauer Zeitung“ liest man:

Vor uns liegt ein interessantes Buch: „Neue Feuerbrände herausgegeben von dem Verfasser der vertrauten Briefe über die innern Verhältnisse am preussischen Hofe seit dem Tode Friedrichs II.“ Das Buch ist 1807 bei Peter Hammer in Amsterdam und Köln erschienen. Es befindet sich darin auf Seite 65: „Das schwarze Register oder Generalabläufe sämtlicher in Süd-Preußen, während der Minister von Hoym diese Provinz verwaltet hat, in den Jahren 1794 bis 1798 als Gratialgüter verschenteten, ehemaligen polnischen Kron- und geistlichen Güter.“ Nach diesem „schwarzen Register“ beträgt die Zahl der Donatoren 52, die Zahl der verschenteten Güter 241, deren Nominalwerth bei der Schenkung 3 1/2 Millionen Thaler, deren wahrer Werth jedoch 20 Millionen Thaler. In diesem Register heißt es unter Nr. 35: Major v. Plöz vom Regiment von Gedenitz; er erhielt das Gut Wönglow-Warta zum Nominalwerth von 10 000 Thaler geschenkt. In einer Anmerkung dazu heißt es: „Verkauft für 20 000 Thaler. Die Kabinetsordre ist vom 20. April 1797.“ — Die „Bresl. Zeitung“ fragt, ob vortretender v. Plöz ein Sohn des Präsidenten des Bundes der Landwirthe ist.

Uebrigens erhält der Bund einen Konkurrenten. Jemand ein strebsamer Agrarier, — er heißt Klappern-Pillpiemen —, der „mit dem Ergebnisse der Tivoltversammlung nicht zufrieden ist“, will einen „Deutschen Landbund“ stiften, dessen Vorstand aus allen Parteien, außer der sozialdemokratischen, gebildet werden soll. Selbiger Gründer scheint ein Organisationsrath zu sein. Er will verhindern, daß die Konservativen die erste Geige spielen und eine eigene parlamentarische Partei aufstehen.

**Ein puschender Staatsminister.** Ist da vor kurzem ein preussischer Konservativer, ein Herr Dr. von Roserich, anhaltischer Staatsminister geworden. In der Rede, womit er den anhaltischen Landtag eröffnete, heißt es, daß sich nicht nur das finanzielle Verhältnis Anhalts zum Reich unter der Wirkung der Handelsverträge und bei der andauernden Steigerung der Militärlast verschlechtert habe, sondern es wird auch auf den „Stand der Unsicherheit, sowohl in bezug auf die Befürchtung des Abschlusses weiterer unserer Landwirthschaft nachtheiliger Handelsverträge als auf das Schicksal der schwebenden Militärvorlage“ verwiesen. Ueber diese an der Reichsregierung geübte Kritik des Herrn von Roserich sind offiziöse und liberale Presseorgane gleicherweise entzweit. Warum aber der Minister eines Bundesstaates nicht seine Ansicht über die Maßregeln des Reichs aussprechen darf, ist uns unerfindlich. Allerdings hat Anhalt im Bundesrath den Handelsverträgen und der Militärvorlage zugestimmt, und Herr von Roserich hätte besser gethan, wenn die anhaltische Regierung seiner Ansicht ist, den Vertreter des Herzogthums im Bundesrathe demgemäß zu instruiren. Wenn der verantwortliche Minister der Landesvertretung seine Auffassung der Reichspolitik entwickelt, so gilt das als ein Frevel, weil diese Auffassung dem neuen Kurse zuwiderläuft. Aber mit Behagen verzeichnen die Binder und Genossen jede Kundgebung irgend eines der Volksvertretung gegenüber nicht verantwortlichen Bundesfürsten zu gunsten der Militärvorlage, so kürzlich als der Großherzog von Oldenburg der Landtags-Abordnung erklärte, er halte die Vorlage für nothwendig und nützlich. Schalt damals die „Norddeutsche“ nicht heftig darüber, daß die oldenburgischen Landboten die großherzogliche Rede nicht kolportirt hatten?

Bei den spanischen Wahlen ist keiner der sozialistischen Kandidaten durchgekommen. Die für sie abgegebene Stimmenzahl werden wir erst in den Parteiorganen finden. — Sehr bedeutend sind die Bifferrn, mit denen die republikanischen Kandidaten gewählt worden sind. Und daß sämtliche größere Städte des Landes sich überwiegend republikanisch gezeigt haben, eröffnet der Regierung und der Monarchie keine günstigen Aussichten.

**Frankreich.** Man schreibt uns aus Paris, den 7. März 1898:

Die Frage der Kammerauflösung ist in Frankreich einstweilen wieder von der Tagesordnung abgesetzt worden; die Budgetberatung hatte man so verschleppt, daß Regierung und Kammer jetzt die größten Anstrengungen machen müssen, um das Besäumte nachzuholen; werden diese praktischen Arbeiten nicht wieder durch sensationelle Enthüllungen unterbrochen, so dürfte die Regierung wohl kaum Veranlassung nehmen, vor dem

gesetzmäßigen Termin im Herbst die allgemeinen Wahlen anzuberaumen. Indessen haben die Regierungsparteien den Gedanken einer früheren Auflösung der Kammer nicht unbedingt im Prinzip zurückgewiesen und die Opposition thut gut daran, auf der Hut zu sein und sich nicht in einem ungünstigen Augenblick überraschen zu lassen. So bereiten sich auch schon gegenwärtig besonders zwei Parteien auf den Wahlkampf vor, welche hoffen, während der künftigen Gesetzgebungsperiode eine ausschlaggebende Rolle zu spielen. Es sind dies einerseits die sogenannten Radikalen oder die „konstitutionelle Rechte“ (d. h. diejenigen früheren Monarchisten, welche unter der Führung von Herrn Prou und auf ausdrückliche Aufforderung des Papstes die Republik von jetzt an als die rechtmäßig bestehende Staatsform anerkennen), die darauf rechnen, im neu-gewählten Parlamente die führende Stellung in einer nach dem Muster der englischen Torypartei zu bildenden großen konservativen Partei einnehmen zu können. Auf der anderen Seite, nicht minder rührig, nicht minder thätig und nicht minder siegesgewiß, findet man die Partei der sozialistischen Radikalen unter der Führung von Goblet und Millerand, welche danach trachten, eine starke Partei des sozialen Fortschritts um sich zu schaaren; auch sie rufen das Beispiel Englands an, dem Bunde der Radikalen wollen sie eine mächtige Wighpartei entgegenstellen und rechnen dabei auf den Zuzug der vorgeschrittenen Republikaner unter der Leitung des Senators Ranc, der 1889 sämtliche republikanische Parteien zur Bekämpfung der boulangistischen Reaktion einigte, und auch nach links hin fordern sie sämtliche Sozialisten, denen daran liegt, die Umgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung auf friedlichem Wege vorzunehmen, auf, mit ihnen gemeinschaftliche Sache zu machen. In ihrem Wahlprogramm fordern die sozialistischen Radikalen vor allem die Revision der Verfassung von 1875 im demokratischen Sinne, die Einführung des Referendums nach schweizerischem Muster, die Trennung von Kirche und Staat und die Beschränkung der Vorrechte der großen Finanzinstitute. Der Abgeordnete Millerand setzte dieses Programm in einer großen Wählerversammlung letzten Sonntag in Calais auseinander und erzielte reichen Beifall; nach ihm ergriff in der Versammlung, die als der Beginn des diesjährigen Wahlkampfes anzusehen ist, Lafargue im Namen der Arbeiterpartei das Wort und entwidmete seine Ansichten über das vorgeschlagene gemeinsame Vorgehen; er erklärte sich bereit, den Radikalen dabei zu helfen, den Finanzherren die Bank, die Bergwerke und die Eisenbahnen zu entreißen. „Wir geben darauf ein“, schloß er nach der „Petite République française“, mit Millerand zur Schlacht zu marschiren, um die Verwirklichung dieses Programms zu erlangen; jedoch behalten wir uns vor, nachher weiter zu gehen.“ Die Versammlung erklärte sich mit dieser Taktik einverstanden. Auch Baudin und Guesde hatten versprochen, in Calais zu erscheinen; der eine war jedoch genöthigt, in Rive-de-Gier, der andere, in Bourges zu bleiben; Jaurès hielt zu gleicher Zeit eine Verammlung in Lyon zu gunsten der Metallarbeiter von Rive-de-Gier ab. Der Wahlkampf soll von nun an mit aller Energie und Ausdauer fortgesetzt werden; in aller nächster Zeit werden in Bordeaux große Versammlungen stattfinden, in denen Millerand, Guesde, Jaurès und Jourde als Redner auftreten werden. Und nicht nur auf die Eroberung der großen Städte hat es die Opposition abgesehen; auch auf dem Lande soll energische Propaganda betrieben werden, eine Broschüre zur Erläuterung des auf dem Marceller Kongresse ausgearbeiteten Programms, welches die ländlichen Arbeiter, Pächter und Kleinbauern der sozialistischen Partei zuführen soll, befindet sich unter der Presse.

Der zweite Panama-Prozeß, der seit vorgestern verhandelt wird, ist fast noch interessanter als der erste. Die Verurtheilten des ersten Prozeßes geben sich nämlich die größte Mühe, die nicht angeklagten Mitschuldigen an's Messer zu liefern. Clemenceau, Floquet und Freycinet werden immer schwerer belastet, und obgleich der Gerichtspräsident und Oberstaatsanwalt „Abweichungen“ d. h. unbequeme Aussagen zu verhindern suchen, so sind in Frankreich doch die Dinge zu weit gegangen, als daß ein Eindämmen des Standaals noch möglich ist.

**Belgien.** Polizist, Soldat und Staatsanwalt — das sind die drei Säulen, auf die sich in Belgien wie anderswo die Selbstsacks-Ordnung der Dinge stützt. Der Soldat ist nun dort nicht sehr verlässlich, und auch der Polizist ist keine zureichende Stütze. So muß denn der Staatsanwalt heran. Die Regierung hat gestern beschloffen, unser Brüsseler Parteiorgan, den „Peuple“, wegen Aufreizung zur Gewaltthat strafrechtlich zu verfolgen. Der „Peuple“ hatte nämlich in der Nummer vom 7. d. M. gesagt, wenn die Regierung, gegenüber dem durch das Referendum so deutlich verkündeten Willen des Volkes, das allgemeine Stimmrecht zu verweigern fortfahre, werde sie mit ihrer Gewaltpolitik bankrott machen, und bereits den Bürgerkrieg vor.“ Hieraus soll nun der belgische Staatsanwalt, nach bekannten Mustern, eine Aufforderung zur Gewaltthat zurecht dreheln, was der gute Mann wohl auch fertig bringen wird. Schade nur, daß in Belgien die Pressefreiheit nicht bloß auf dem Papier besteht, und daß derartige Attentate auf das Recht der freien Meinungsäußerung bisher noch stets mit Niederlagen der Regierung geendet haben. Und so wird es auch diesmal geschehen!

Der Prozeß gegen den „Peuple“ erinnert uns an die Unterdrückung unseres Hamburger Partei-Organs zur Zeit des Sozialistengeheßes. Das Weitererschreiben des Blattes wurde damals verboten wegen eines Artikels, der das bekannte Gladstone'sche Wort: „Gewalt ist kein Heilmittel“ im Sinne der Ohnmacht der rothen Gewalt besprach — ganz wie der jetzt in Belgien verfolgte Artikel des „Peuple“.

Der König empfing gestern Herrn Grimard, den Vorsitzenden des Komitees für das Brüsseler Volksreferendum, und sagte ihm, er sei „im Prinzip ein Anhänger freierlicher Einrichtungen“; aber die Gesetze würden nicht von ihm, sondern „von der Nation“ gemacht. Der König von Belgien scheint ein Spatzvogel zu sein. Er ist „im Prinzip“ Anhänger dessen, was er thatsächlich bekämpft; und wenn er die Vertreter einer winzigen Minorität von Jenseitswählern „die Nation“ nennt, so thut er das natürlich „aus Prinzip“.

**Drüben und Hüben.** Drüben in Amerika ging am Sonnabend der Auszug des alten und der Einzug des neuen Präsidenten in der gemächlichsten Weise vor sich. Beide Herren begrüßten einander aufs Herzlichste, fuhren, nebst ihren Frauen, in freundschaftlichem Gespräch durch die Straßen und verkehrten auch seitdem wie zwei Freunde und Kollegen.

Und Hüben? Man denke sich Bismarck und Caprivi in einer Droschke! Wenn letzterer nicht acht gäbe, würden ihm die Augen ausgekratzt. Und das drei Jahre nach dem Ranzlerwechsel!

Hätte Harrison sich solch unanständigen Benehmens gegen seinen Nachfolger schuldig gemacht, die Kinder auf der Straße würden ihn ausspießen und mit faulen Eiern bewerfen. Und das von Rechts wegen.

Die „Botschaft“, welche der neue Präsident zu er-

lassen hatte, enthält nichts Bemerkenswerthes, worüber sich bloß die Grünlinge wundern können, die einen plötzlichen Rück des Steuerruders zu einem „neuen Kurs“ erwarteten hatten.

## Parlamentarisches.

Die Militärkommission hatte beschloffen, vor der Abstimmung über die gegenwärtig der Spezialdiskussion unterliegenden Positionen eine mehrtägige Pause eintreten zu lassen, damit die Kommissionsmitglieder Gelegenheit bekämen, sich erst mit ihren Fraktionsgenossen über ihre definitive Stellungnahme zu verständigen. Heute einigte man sich dem entgegen dahin, sofort an die Diskussion anschließend die Abstimmung vorzunehmen und dann vor der zweiten Lesung die projektirte Pause zu machen. In der Fortsetzung der Diskussion werden eine ganze Reihe von Titeln ohne Erörterung gelassen, bei der Position „Stämme für Reformformationen der Kavallerie“ jedoch entsteht eine längere Pferde-debatte, bei der die Herren v. d. Schulenburg und v. Friesen ihre kavalleristischen Erfahrungen zum Besten geben und für die Bewilligung der geforderten Mehrbeträge eintreten. Richter widerspricht; wenn die Ausführungen der konservativen Redner richtig wären, müßte der ganze Kriegsbedarf von Pferden im Frieden präsent sein. — Bezüglich der fahrenden Artillerie richtet Buhl diverse Fragen an die Militärverwaltung, um sich die, ihm — wie er versichert — augenblicklich noch fehlende Reizung zur Bewilligung beibringen zu lassen. Major Wachs versichert natürlich, daß die Militärverwaltung die verlangten Formationen haben müsse; demgegenüber weist Richter nach, daß die fortgesetzte Vermehrung der Artillerie in Deutschland eine derartige war, daß es Frankreich und Rußland (jedes einzeln gerechnet) überlegen ist, der Dreibund ist den beiden Staaten zusammen an bespannten Geschützen überlegen. Die Militärvertreter behaupten dagegen, daß Frankreich und Rußland mehr Geschütze auf den Kriegsschauplatz bringen können. Der Streit über diese Frage, in den auch der Reichskanzler eingreift, und über die Pferdegedacht in den einzelnen Ländern zieht sich durch den größeren Theil der Sitzung hindurch.

Um 1/2 Uhr wird, da im Plenum der Militärretat auf der Tagesordnung steht, die Sitzung geschlossen. Morgen Vormittag 1/2 Uhr Fortsetzung.

Die Kommission zur Vorberathung der lex Helze begann ihre heutige — 22. — Sitzung mit einer recht animirten Debatte über den Lattenarrest-Vorschlag. Bekanntlich hatte die Kommission den Regierungsvorschlag insbesondere dadurch verhöflet, daß sie den Lattenarrest auf die ganze Dauer der Strafe zu lassen wollte. Diese und einige andere Verrohungen befechtigte die Kommission nach heftigem Kampfe. Schließlich legten aber doch die lattenarrestlichen Mitglieder mit einer Stimme Majorität durch Annahme des folgenden § 16a: „Bei der Verurtheilung zu Zuchthaus oder Gefängnißstrafe wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Sittlichkeit, wider das Leben oder wider die persönliche Freiheit, wegen Körperverletzung, Raubes, Erpressung oder Sachbeschädigung oder wegen gemeinschaftlicher Verbrechen und Vergehen kann, wenn die That von besonderer Höhe, Bosheit oder ehrsüchtiger Gesinnung des Thäters zeugt, auf Verhängung der Strafe auf die Dauer der ersten 3 Wochen erkannt werden. Die Verhängung der Strafe besteht darin, daß der Verurtheilte eine harte Lagerstätte und als Nahrung Wasser und Brot erhält. Die Verhängungen können einzeln oder vereinigt werden und kommen an drei jedoch nicht aufeinanderfolgenden Tagen in der Woche in Anwendung. Auch kann auf eine mildere Vollstreckungsweise erkannt werden. Die Strafvollstreckungen sind auszuführen, wenn und so lange der körperliche Zustand des Verurtheilten den Vollzug nicht zuläßt.“ In der Diskussion hatte Stadthagen u. a. darauf hingewiesen, daß schon heute der Aufenthalt in preussischen Gefängnissen dem Lattenarrestvorschlag zum Theil gleiche. So sei einem Journalisten (Genossen John) im Gefängnis zu Kottbus, sich Butter anzuschaffen, verwehrt. Die Kost sei so wässerig, wie Wasser, nur daß dieses reinlicher zu sein pflege. Die Schwärmer für Lattenarrest mögen doch probeweise Gefängnisaufenthalt sich selbst verschaffen oder bei ihren politischen Freunden, denen unfreiwillige Staatswohnung verschafft war, Anträge halten. Wie wenig auf Einhaltung der humanitären Minimalanforderungen gehalten werde, zeigen z. B. auch die in der Untersuchungsstation der Berliner Stadtvogtei herrschenden Zustände. Ein Schutzmacher sei vor kurzer Zeit dorthin gebracht, weil er trotz eifrigen Suchens nach Arbeit solche nicht gefunden und das Asyl für Obdachlose, fünf Mal aufgeschickt hatte. Das nennt die bürgerliche Rechtsordnung „der Arbeitsscheu verdächtig sein“. Dieser wegen angeblicher Arbeitsscheu übrigens freigesprochene schildere das Verfahren in der behördlichen Anstalt wie folgt: „60 Mann mußten wir zunächst in ein und demselben Wasser, zu 2 Mann in derselben Danne haben, wiewohl einer der Inhaftirten ein eitriges Bein hatte. Dann mußten wir schmutzige und nicht gehörige Hemden, Halstücher, Strümpfe u. s. w. anziehen. Infolgedessen erhielten mehrere Inhaftirte als Mitbewohner eine Anzahl Läuse u. s. w.“ Das sei das Aussehen eines heutigen preussischen Gefängnisgefängnisses — statt solche empörende Zustände zu beseitigen, schlägt man zum Fortwurf gegenüber Bestrafen vor! § 162 der Vorlage und Bestrafung erster Lesung will die Lössal eines Lattenarrestes auch Solchen durch den Richter auferlegen lassen, die wegen Bettelns, Landstreichens, Arbeitsscheu, Müßiggang u. s. w. (Uebertretung gegen § 361 Nr. 3—8) bestraft sind. Bereits in erster Lesung hatte Bebel darauf hingewiesen, wie häufig fehlende Handwerker, insbesondere von unerfahrenen, jungen, strebsamen Richtern als — Bettler bestraft werden. Die Kommissionsmitglieder und die Regierung hatten zwar das Unberechtigte der Anwendung des Strafgesetzbuchs in solchen Fällen zumeist anerkannt, aber doch Abhülsmittel nicht finden können. Den in erster Lesung gegebenen Anregungen folgend schlug Abg. Geöber — ein Lattenarrest-Segner — für die zweite Lesung vor, die Lattenarrest-Zugabe nur in den Fällen zuzulassen, wenn die Vertheilten wegen Bettelns, Landstreichens, Arbeitsscheu u. s. w. mehrfach innerhalb drei Jahren bestraft seien. Der Widerspruch gegen diese Abschwächung des Lattenarrest-Vorschlags seitens der Regierung veranlaßte Stadthagen, auf die häufigen Fälle unrichtiger Anwendung der Begriffe Arbeitsscheu, Landstreichens u. s. w. hinzuweisen. Wollte man wegen Arbeitsscheu strafen, so müßte man doch den Arbeitsscheuenden Arbeit geben. Wo kann man innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung Arbeit erhalten? Die Gesellschaft habe doch, wenn solch verkehrte Urtheile vorkommen — und daß sie sich häufigen, dafür bürgen schon die zunehmende Beamtenstreiksamkeit und damit verbundene Gewissens- und Kenntnißlosigkeit auf den verschiedensten Gebieten — die verdoppelte Pflicht für Arbeitsbeschaffung zu sorgen — statt dessen Lattenarrest! Redner erinnert an die ungeheure Anzahl sozialdemokratischer Stimmzettel-Vertheiler, welche zur Förderung der Wahl des Prinzen Handjery in Teltow, Weesow, Stortow als angebliche Landstreicher solange verhaftet wurden, bis die Wahl zu Ende. Selbst alte Richter, so der nationalliberale durchgefallene Geraer Kandidat, Herr Alberti, habe sich dazu hinreihen lassen, von einem ihm nicht weiter bekannten, außerordentlich tüchtigen, fleißigen, kenntnißreichen, ehrlichen Redakteur, der allerdings die nationalliberalen Molusken herzhast bekämpfte, in einen Erkenntniß, das nicht einmal gegen den Redakteur erging, als einem „Menschen obfukurer und bedenklicher Existenz... einen aus Böhmen hergelassenen Strolch“ zu sprechen. Wie würde es dem Redakteur gegangen sein, wenn er etwa irgend etwas begangen hätte? Die Debatte wurde dann abgebrochen und auf morgen 10 Uhr vertagt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Freitag, den 10. März.  
**Opernhaus.** Die Raupan.  
**Schauspielhaus.** Basantafena.  
**Deutsches Theater.** Zwei glückliche Tage.  
**Berliner Theater.** König Lear.  
**Lesing-Theater.** Heimath.  
**Wallner-Theater.** Die Großstadtluft.  
**Avoll's Theater.** Mala Vita.  
**Residenz-Theater.** Familie Pont-Biquet.  
**Viktoria-Theater.** Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.  
**Neues Theater.** Lotka.  
**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.** Don César.  
**Adolph Genß-Theater.** Modernes Babylon.  
**Thomas-Theater.** Der Zauberer.  
**National-Theater.** König Ottokars Glück und Ende.  
**Alexanderplatz-Theater.** Die Konfessionseuse.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebrüder Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Adolph Ernst-Theater.**  
 Zum 76. Male:  
**Modernes Babylon.**  
 Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets theilweise von G. Görs. Musik von G. Steffans. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**American-Theater.**  
 Novität! Novität!  
**Der Dussel**  
 (Nulpus)  
 Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.  
 (Memm. Ede. Martin Bendix.)  
**Alfred Bender**  
 in seinem neuesten Originalvortrag  
**Der Volksmund in Berlin.**  
 Blank, der beste Bauchredner. Unhaltender Erfolg.  
**Die Trockenwohner.**

**Castan's Panoptikum.**  
**Letzte Woche!**  
 Hagenbeck's gr. zoolog. Wunder:  
**Lili,**  
 kleinste lebend. Elefant d. Welt,  
 Tal-za-Wunder-Illusionen-Theater.  
 Grosses Konzert.  
 Sämmtlich ohne Extra-Entree.

**Passage-Panoptikum.**  
**Neu!**  
 Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

**Kaufmann's Variété**  
 Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.  
 Große Spezialitäten-Vorstellung.  
 Vollständig neues Programm.  
 Tom. Belling, Original-August.  
 Truppe Hugoston, Akrobaten.  
 Kolling Müller, Wasserkünstler.  
 The Matinos, Grenitros.  
 Geschw. Taciana, Quettistinnen.  
 Heinz Bender, Dämonist.  
 Martha Ventura, Kostümbouretten.  
 (sowie sämmtl. engag. Spezialitäten.)  
 Anfang Wochentags 8 Uhr.  
 Entree 50 Pf.

**Weyer's Lexikon.** Bücher, Bibliotheken faust  
 Hannemann, Kochstr. 56. (1711b)

### Circus Renz.

(Karlstraße.)  
 Freitag, 10. März, Abends 7 1/4 Uhr:  
 Auf allseitiges Verlangen:  
 8. Wiederholung der Gala-Festvorstellung vom 27. Januar.  
**Großer Festaufzug.**  
 1. Reigen der Ritter und Edelbarden.  
 2. Militärisches Divertissement (Gegenwart). Zum Schluss:  
**Ein Künstlerfest.**  
 Große Ausstattung-Pantomime.  
 Neue Einlagen mit überraschenden Wasser- und Lichteffekten. Ballet von 100 Damen. Glänzender Blumenorso. Grosses Brillant-Panorama.  
 Außerdem: **Mr. James Fillis** mit dem Schupferde Markir. **Das boxende Känguruh**, etc.  
 Sonntag: 2 große Vorstellungen. Um 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei): Die lustigen Heidelberger. — Abends 7 1/4 Uhr: Ein Künstlerfest.  
**Fr. Renz, Direktor.**

### Feen-Palast

Jeden Tag:  
**Gr. Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Etablissement Buggenhagen.**  
 Täglich: Instrumental-Konzert.  
**Großer Frühstücks- u. Mittagstisch.** Spezial-Kuchentafel von Pakenhofer Lagerbier, hell und dunkel.  
 An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.  
 Entree Wochenent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.  
 Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

### Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79.  
 Täglich:  
**Germania-Konzert- u. Koupel-Sänger**  
 sowie Auftreten des musikal. Clown **Mr. Barna** und Damen-Imitator **Willy Wilson**.  
**Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.**  
 Zwei Säle  
 zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 8 Regeltischen.  
**F. Sadtke.**

Hiermit empfehle ich meine in **Friedrichshagen, Friedrichstr. 123**, neu errichtete  
**Weissbier-Brauerei**  
 nebst Ausschank  
 allen Freunden und Bekannten zur gefälligen Berücksichtigung. Versandt in Gebinden und Flaschen jederzeit.  
**August Kapell.**  
 Größtes Lager Berlins  
**Kindergarten.** Andraastr. 23. Op

### Feen-Palast.

Freitag, den 10. März 1893:  
**Einmaliger Ringkampf bis zur Entscheidung**  
 zwischen dem Meisterschaftsringler der Welt  
**Herrn Carl Abs aus Hamburg**  
 und dem griechischen Preisringer  
**Mr. Antonio Bierri.**  
 Anfang präzise 10 Uhr.  
 Vorher: **Grosse Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Anfang 1/8 Uhr.  
 Bassepartouts und Bonds haben an diesem Abend keine Gültigkeit.  
 Billet-Vorverkauf Vormittags von 11-1 Uhr. 3808L\*

**Oranien-Bad**  
 Oranienstrasse 44.  
 Abonnements I. Kl. 60 Pf., II. Kl. 3 Bäder 1 M.  
**Dampfbäder.**  
 Einpackung und Massage.  
 Leitungswasser. 8719L\*

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt  
 Berlin SW., Seuthstraße 2.  
 Soeben erschien:  
**Heft 38**  
 der  
**Reden und Schriften Ferd. Lassalle's**  
 (Vollständig in ca. 50 Heften à 20 Pf.)  
 Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungsbedeuteure und Kolporteurs entgegen.

Dem Schraubendreher **A. Seiwemann** zu seinem 18. Wiegenfest ein donnerndes Hoch!  
 Ein durstiger Rother.  
 Buchholz, laß gießen. 1710b

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser Sohn, Bruder und Schwager, der Restaurateur  
**Carl Boll**  
 nach langem Krankenlager am Mittwoch, Born. 10 Uhr, sanft entschlafen ist.  
 Die tiefbetrübt **Wwe. Emma Boll** geb. Trübnow  
 nebst Kindern und Verwandten.  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, Nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. (1718b)

**Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. j. W.**  
**Oertl. Verwaltung Berlin F.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Zahlstelle Bernauerstr. 103 nach der Stralunderstraße 31 bei Böhlke verlegt worden ist.  
 304/5 Die Ortsverwaltung.

**Orts-Krankenkasse der Klempner.**  
 Einladung zur außerordentlichen **General-Versammlung**  
 der Vertreter  
 der Arbeitgeber und Arbeitnehmer  
 am Sonntag, den 19. März d. J.,  
 Vormittags 10 Uhr,  
 bei **Mundt, Köpnickstraße 100.**  
 Tagesordnung:  
 Beschlußfassung über das vom Bezirks-Ausschuß nicht genehmigte neue Statut.  
 1709b **Der Vorstand.**

**Bekanntmachung.**  
**Orts-Krankenkasse der Buchbinder etc.**  
 Vom 1. April d. J. ab befindet sich die Kasse **Raungr. 33, 1. Et.** (Ecke der Adalbertstraße) und ist dieselbe geöffnet an den Wochentagen von 7 bis 1 Uhr Mittags und Sonnabend von 6-8 Uhr Abends. An Sonn- und Festtagen gänzlich geschlossen.  
**Der Vorstand.**  
**C. Hoffmann, Vorsitzender,**  
 110/4 **Raungr. 33, IV.**

**Grosse Versammlung der Freien Vereinigung der Uniform- und Zivil-Schneider Berlins**  
**Sonnabend, den 11. März,**  
 Abends 8 1/2 Uhr,  
 in den **Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 20.**  
 Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes und Fragekasten. — Um zahlreichen Besuch wird gebeten.  
**Der Vorstand.** (287/14)

### Große öffentliche Volks-Versammlung

**Sonntag, den 12. März, Vormittags 10 Uhr,**  
 im **Schultheiß (früher Eisbeller), Chausseestraße 88.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Stellung zur diesjährigen Meisefeier. Referent: Genosse **Gerisch.**  
 2. Wie stellen sich die Genossen zur Aufhebung der boglottirten Lokale, die im vorigen Jahre zur Meisefeier nicht zu haben waren.  
 3. Verschiedenes.  
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt.  
**Die Vertrauenspersonen.**

### Freie Vereinigung der Bau-Arbeiter Berlins. Mitglieder-Versammlung

**am Sonntag, den 12. März 1893, Vormittags 11 Uhr,**  
 bei **Scheffer, Inselstraße 10 II.**  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen **Wallenthin** über: Der Staat und seine Bedeutung. 1714b  
 2. Diskussion.  
 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.  
 Zahlreiches Erscheinen erwartet  
**Der Vorstand.**

### Achtung! Steinmetzen! Achtung!

**Grosse öffentliche Steinmetz-Versammlung**  
**Sonntag, den 12. März er., Vormittags Punkt 9 1/2 Uhr,**  
 bei **Müller, Johanniststraße Nr. 20.**  
 Tagesordnung:  
 1. Stellungnahme zum Submissionswesen des Magistrats.  
 2. Stellungnahme zur Beitragsleistung des Generalfonds.  
 3. Abstimmung über den nachfolgenden Steinmetz-Kongress.  
 3. Verschiedenes.  
 Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist jeder Kollege verpflichtet, zu erscheinen.  
 Ferner mache ich noch bekannt, daß unser Kollege **Heinr. Bohmann** Sonntag, den 12. März, Nachmittags 2 Uhr, von dem Elisabeth-Krankenhaus (Vahwegstraße) aus nach Rixdorf beerdigt wird. Um rege Beteiligung wird ersucht.  
 Es werden sämtliche Platz-Mitglieder aufgefordert, diese Anzeige bekannt zu machen.  
**Der Vertrauensmann: Joseph Buchmann, Wittenwalderstr. 7.**

### Achtung! - Öffentliche Achtung!

**Berjammlung für Frauen u. Männer**  
**Sonntag, den 12. März, Abends 5 1/2 Uhr,**  
 in **Pape's Salon, Badstraße Nr. 58 (Gesundbrunnen).**  
 Vortrag des Herrn **Stäbe** aus Hamburg über:  
**„Die Cholera in Hamburg“**  
 mit Benutzung von 40 Lichtbildern. — **Entree 10 Pf.**  
 In anbetragt des interessanten Vortrages ersucht um zahlreiches Erscheinen  
**Der Einberufer.**  
 1718b

### Freie Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgeossen.

**Sonntag, den 12. März, Vormittags 10 1/2 Uhr:**  
**Grosse Versammlung**  
 in **Philipp's Salon, Rosenhallerstr. 88.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Hrn. **Canitz** über Naturheilmethode. 2. Diskussion. 3. Das Lehrlingswesen in unserer Branche. 4. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**  
 180/8

### Verband der Geschäftsdienere, Päder und Berufsgeossen.

Bureau und Arbeitsnachweis: C., Neue Grünstr. 10, I. Fernspr.: Amt 1, 810.  
**Sonnabend, den 11. März, Abends 9 Uhr:**

### Grosser Wiener Masken-Ball

in den Gesamtträumen der „Konfordia-Festsäle“,  
**Andraastr. 64 und Kraunstr. 38.**  
 Großer Festzug: Bilder aus dem 15. Jahrhundert.  
 Nach der Demaskierung:  
**Bier lebende Bilder: Die Schmiede im Walde.**  
**Drei gut besetzte Orchester.**  
 Musiker der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsgeossen.  
 Einladskarten à 50 Pf. sind in den bekannten Handlungen, im Bureau, Neue Grünstr. 10, I., sowie in folgenden Zahlstellen, in welchen Beiträge gezahlt und Mitglieder aufgenommen werden, zu haben:

- |  |  |  |   |
|--|--|--|---|
| <b>Süden.</b><br><b>G. Schulz,</b> Admiralstr. 40a, am Kottbuser Platz, Zigarrengeschäft.<br><b>S. Gräbert,</b> Jakobikirchstr. 8, im Restaurant.<br><b>F. Krause,</b> Gitschinerstr. 93, Restaur. | <b>Norden.</b><br><b>Schuhmann,</b> Kuppinerstr. 8, Keller.<br><b>Eich,</b> Invalidenstr. 124, gegenüber dem Stettiner Bahnhof, Zigarrengeschäft.<br><b>Alv. Löwenberg,</b> Neue Schönhauserstraße 18, Zigarrengeschäft.<br><b>Herb,</b> Wasserstr. 96, Restaurant.<br><b>Franz Geinert,</b> Müllerstr. 174, Eingang Fennstraße. | <b>Nord-Westen.</b><br><b>Gefcke,</b> (Moabit), Lüneburgerstr. 5, Keller.<br><b>Gosmann,</b> Artillerie- und Oranienburgerstr.-Ecke, Laden.<br><b>Westen.</b><br><b>Sarnewitz,</b> Bülowstr. 14, Portier.<br><b>Sager,</b> Kraunstr. 24.<br><b>Centrum.</b><br><b>Salzweil,</b> Klosterstr. 63.<br><b>Bursan,</b> Neue Grünstr. 10, I., von 8-1 und 3-6 Uhr.<br><b>Rahter,</b> Burgstr. 18, Portier. | <b>Nord-Osten.</b><br><b>Stranbe,</b> Linienstr. 9, Hof parterre.<br><b>Sumpel,</b> Barnimstr. 42, Zigarrengeschäft. 170/10<br><b>Süd-Osten.</b><br><b>Methner,</b> Waldemarstr. 29, Zigarrengeschäft.<br><b>Poh,</b> Köpnickstr. 89a, Zigarrenladen. |
|--|--|--|---|

### Kranken-Unterstützungsverein der Tabakarbeiter (früherer Medizinal-Verein).

**Sonnabend, den 18. März, Abends 9 1/2 Uhr, bei Poland, Weinstraße 11:**  
**General-Versammlung.**  
 Tagesordnung: 1. Rechnungslegung. 2. Neuwahl des Vorstandes und Ausschusses, sowie der Kranken-Kontrollenre. 3. Sonstige Vereinsangelegenheiten.  
**Der Vorstand.**  
 320/4 **Louis Dehond, Ruheplatzstr. 24.**

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

62. Sitzung vom 9. März 1893, 1 Uhr.

Am Bundesrathliche: v. Stöttcher, v. Kaltenborn. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Militär-Etats und zwar zunächst das Ordinarium der Ausgaben.

Beim Titel „Kriegsministerium“, Titel 1, Kriegsminister 88 000 M., führt

Abg. **Vahl** (nall.) Beschwerde darüber, daß mehrfach von den Militärbehörden ein Druck auf die nachgeordneten Mannschaften, Offiziere und Beamte dahin ausgeübt werde, den deutschen Offizierverein oder das Baarenhaus für deutsche Beamte zu begünstigen. Von dem Oberkommando der Marineverwaltung sei schon 1890 eine Verfügung erlassen, daß die neu einzustellenden Seekadetten ihre Bedürfnisse beim Offizierverein zu entnehmen hätten. Ein Divisionsbureau in Metz hatte in gleicher Weise die Geschäfte des Offiziervereins besorgt. Ein solcher unzulässiger Druck dürfe nicht ausgeübt werden; die Bevorzugung der Konsumvereine vor den freien Gewerbetreibenden könne ebenso wenig hier wie an irgend einer andern Stelle gebilligt werden.

Bundeskommissar **General v. Funk**: Es ist durchaus in der Absicht der Verwaltung gelegen, jede Bevorzugung der erwähnten Art zu vermeiden zu sehen. Eine Nachfrage vor zwei Jahren hat auch ein durchaus negatives Resultat ergeben. Der einzelne Fall in Metz hat zu sofortiger Restitutions Veranlassung gegeben. Ueber die angelegte Verfügung des Oberkommandos der Marine bin ich nicht unterrichtet.

Abg. **Vingens** (3.) kommt auf die Frage des Besuchs des Sonntags-Vormittags-Gottesdienstes durch die Mannschaften zurück. Vielfach werde dieser durch die am Sonntag-Vormittag abgehaltenen Kleiderparade verhindert. Eine Abänderung dieser seit 60 Jahren bestehenden Ordnung sei dringend geboten. Auch andere Vorkommnisse ließen erkennen, daß die Beachtung der religiösen Bedürfnisse, namentlich der Katholiken, noch nicht allgemäin erfolge. In Glatz seien die Rekruten auf den 1. November, Vormittags 10 Uhr, einberufen worden, während doch dieser Tag Allerheiligentag sei und 10 Uhr in die Zeit des Hauptgottesdienstes falle. Bei den Manövern seien an den Sonntagen weder Offiziere noch Mannschaften in den betreffenden Kirchen zugegen gewesen.

Kriegsminister **von Kaltenborn** verliest die auf den Gottesdienst bezügliche Garnison-Dienstvorschrift, aus welcher hervorgeht, daß jeder Soldat evangelischen oder katholischen Bekenntnisses mindestens einmal im Monat zum Gottesdienst geführt werden soll, daß darüber hinaus auch auf alle katholischen hohen Feiertage Rücksicht genommen werden soll, soweit es die dienstlichen Erfordernisse gestatten. Damit sei alles gethan, was innerhalb des Rahmens des militärischen Dienstes für die Befriedigung der religiösen Bedürfnisse der Mannschaften geschehen könne. Es sei untunlich, in den Manövern den Mannschaften jeden Sonntag bedingungslos freizugeben. Die Vorbereitung der Rekruten zur Vereidigung erfolge durchaus im Einverständnis mit dem katholischen Feldprobst. Anträge des letzteren wird die Verwaltung wohlwollend prüfen.

Abg. **Nichter** (dfr.): Ich möchte den Kriegsminister fragen, aus welchem Titel seines Etats die jegliche Agitation im Lande für die Militärvorlage bestritten wird. (Heiterkeit.) Bei allen Kreisblättern, bei den sächsischen Amtsblättern, bei den badischen Amtsverordnungen finden sich als Beilagen die Artikel des Militär-Pressebureaus, die doch ziemlich hohe sächliche Ausgaben verursachen. Unter diesen Artikeln (deren Ueberschriften Redner aufzählt), findet sich ein rührfamer Weihnachtsartikel, der mit den Worten anfängt: „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden!“ und schließt: „Nehmt die Militärvorlage an!“ (Große Heiterkeit.) Neben diesen Artikeln (sicheren Wochenblätter wie Pilze aus der Erde, denen jeder ansieht, daß sie sich nicht selbst erhalten können. Wie steht es ferner mit der Broschüre „Aufklärung über die Militärvorlage“, welche in Millionen ebenso wie ein entsprechendes Flugblatt verbreitet wird und zwar unentgeltlich? Die Vermittlung erfolgt durch eine bekannte Militärbuchhandlung in Berlin, die sonst nichts verschickt, sondern recht hohe Preise für ihre Lieferungen nimmt. (Heiterkeit.) Auch die Kriegervereine verbreiten diese Dinge, bescheiden die Postbeamten bei ihren amtlichen Umgängen. Wer von den Herren trägt dafür die Verantwortlichkeit und deckt die Kosten?

Kriegsminister **von Kaltenborn**: Ich kann mich darauf beschränken, daß für den bezogenen Zweck seitens der Heeresverwaltung nicht ein Nickel ausgegeben wird.

Abg. **Nichter** (dfr.): Ich kann mich damit nicht so leicht abfinden lassen. Es steht fest, daß Offiziere dem auswärtigen Amt attached worden sind, um Artikel dieser Art zu schreiben. Ich muß also annehmen, daß die Mittel hierfür aus dem geheimen Fonds der Regierung bestritten werden. Ich habe seiner Zeit gegen diese geheimen Fonds gestimmt. Der Reichskanzler hat mit diesem Vorgehen diejenige Verhaltenslinie verlassen, welche er sich vor einem Jahre selbst vorgezeichnet hatte. Der Reichskanzler befindet sich danach nicht mehr in so volkhändigem Einklang mit der öffentlichen Meinung wie früher; je mehr man gegen den Strom schwimmt, desto mehr braucht man offizielle Schwimmbalgen, um sich über Wasser zu halten. (Heiterkeit.) Hier werden Reichsgelder verwendet, um Krieg gegen den Reichstag zu führen, ein durchaus ungehöriges Verfahren, um so ungehöriger, als die Regierung nicht von Amtswegen, sondern vernehmlich auftritt. Jemand ein Quindom, der große Unbekannte aus dem Volke, vertheilt Millionen Schriftstücke, die von Offizieren ausgehen, die aus diesem Militäretat unterhalten werden. In einem dieser Artikel heißt es, das Volk solle das Joch abschütteln, welches ihm der Reichstag auferlegt, und ähnliches.

Kriegsminister **von Kaltenborn**: Auch aus den geheimen Fonds des Kriegsministeriums ist nicht ein Nickel für Preszwede verwendet worden. Allerdings ist Major Keim zum auswärtigen Amt kommandirt worden, wozu weiß ich nicht. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Bebel**: Die Heiterkeit, welche die Antwort des Kriegsministers erregt hat, wird ihm wohl gezeigt haben, daß man seine Antwort sehr gut versteht. Auch sind aus allen Ecken Deutschlands derartige Artikel zugegangen wie dem Abg. Nichter. Hoffentlich kommt es zu einer Reichstagsauflösung, dann werden wir ja sehen, welchen Profit die Herren von dieser Agitation gehabt haben. Wir haben schon beim Etat des Staatssekretärs des Innern darauf aufmerksam gemacht, wie innerhalb der verschiedenen Staatsverwaltungen die sozialdemokratischen Arbeiter ferngehalten werden. Dies gilt auch von den Militärbehörden. Die Arbeitsordnungen in diesen Betrieben stehen in offenbarem Widerspruch mit der Gewerbeordnung, und ich möchte den Kriegsminister fragen, wie er darüber denkt. Die Sorge der Militärverwaltung erstreckt sich sogar auf die der Sozialdemokratie verdächtigen Rekruten. Die Militärverwaltung unterrichtet sich genau, mit welchen Leuten sie es zu thun hat. Seit Jahren wird im Verein mit den übrigen Verwaltungsdressen des Reichs und der Einzelstaaten ein systematischer Spion- und Spionendienst in großartigem Maße geübt, um festzustellen, welche von den jungen Leuten der sozialdemokra-

tischen Gesinnung verdächtig sind. Ich habe hier eine Verordnung, die wie so viele andere unserer Parteipresse in die Hände gefallen ist. (Unruhe und Zurufe.) Die Militärverwaltung sollte doch allmählich zu der Erkenntnis gekommen sein, daß eigentlich nichts von ihr gegen und unternommen wird, wovon wir nicht sofort die genaueste Kenntnis haben. (Unruhe.) Die Sozialdemokratie ist viel weiter verbreitet, wie Sie glauben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) So kommen wir zu dergleichen Erlassen und haben damit die Handhabe, um gegen die betreffende Behörde vorzugehen. Ich habe hier ein Schreiben des Bürgermeisters von Bannep an das königliche Landrathsamt betreffend die Zugehörigkeit der Militärpflichtigen zur Sozialdemokratie. Danach hat ein Polizeiwachmeister die Aufgabenerhalten zu beobachten, welche junge Leute der Sozialdemokratie angehören. Der Wachmeister berichtet an den Bürgermeister, dieser an den Landrath, dieser an den Oberpräsidenten und so fort. Dieses System ist über das ganze Reich verbreitet. In Baden kam es schon in früheren Jahren vor, daß die Polizeibehörden in bestimmten Perioden sämtliche Fabriken aufsuchten und sich bei den Arbeitgebern erkundigten, welcher Gesinnung die Arbeiter wären und welche von ihnen Sozialdemokraten wären. Ich habe hier eine Verordnung des königlichen Regierungsdirektors der bayerischen Pfalz vor mir, datirt von Speier, den 4. Oktober 1892, Präsidium der königlich bayerischen Regierung der Pfalz betreffend die Anhänger und Förderer der sozialdemokratischen Partei, über den Eintritt in die Armee (Nebener verliest die Attestirung). Aus dieser Verordnung, welche sich übrigens auf eine Ministerialverordnung von 1885 stützt, wird über folgende drei Punkte Bericht erstattet: 1. welche von den betr. Rekruten in der Sozialdemokratie eine Führerrolle gehabt haben, 2. welche von ihnen eifrige und selbstbewusste Anhänger der Sozialdemokratie waren, 3. welche von ihnen sozialdemokratischer Bestrebungen verdächtig waren. Die sozialdemokratischen Rekruten werden nach Namen und Aushebungsbezirken einzeln aufgeführt. Solche Listen gehen von den Generalkommandos an die einzelnen Regimenter und müssen selbstverständlich zu einer besonderen Ueberwachung, vielleicht auch zu einer ausnahmsweise strengen Behandlung während der Dienstzeit führen. Dieser Brauch muß in der ganzen deutschen Armee herrschen, wie die uns vorliegenden Akten beweisen. Dazu hat aber die Staatsbehörde keinerlei Recht, so lange Sozialdemokraten nach Aufhebung des Sozialistengesetzes dieselben Rechte wie die übrigen Staatsbürger genießen. Sind sie als staatsgefährliche Elemente anzusehen, dann sollten sie gesehlich vom Militärdienst ausgeschlossen werden. Ein solches Gesetz würde viel Anhang im Volke finden, denn ein Vergnügen ist es nach meiner Meinung nicht zu dienen. (Zuruf rechts: Aber eine Ehre!) Das mögen Sie denken, andere denken anders darüber. Das geübte Verfahren ist einfach heimlich und muß aus aller einschleichen Verurtheilung werden. Das Verfahren führt natürlich zu den schlimmsten Mißbräuchen der untergeordneten Organe, welche diesen oder jenen als Sozialdemokraten denunzieren, bloß um ihm das Leben möglichst fauer zu machen. In zahlreichen Fällen haben die Opfer dieser Mißbräuche nachher erklärt, garnicht zu wissen, was ein Sozialdemokrat ist. Wenn Sie die Sozialdemokraten in den Staatsverdiensten nicht beschäftigen wollen, werden Sie die besten Arbeiter entlassen müssen; ohne Sozialdemokraten kommen Sie garnicht mehr aus, und hoffentlich wird es bald keinen denkenden Arbeiter mehr geben, der nicht Sozialdemokrat wäre. (Große Unruhe rechts), und gerade solche Maßregeln, wie die gerügten, sind das beste Mittel, um für unsere Partei Propaganda zu machen. (Lebhafte Zustimmung.) Man verlangt jetzt in den Werkstätten von den Arbeitern die Ausstellung von Reversen, daß sie nicht Sozialdemokraten sind, ja man verpflichtet die Unternehmer zu ähnlichen schriftlichen Versicherungen (Revers rechts: Beweise!) In Köln hat ein Unternehmer, der selbst Sozialdemokrat ist, einen solchen Revers vorgelegt bekommen und selbstverständlich auch kalten Blutes unterschrieben. In Ulm ist uns der Wortlaut des Reverses für die Arbeiter zugänglich geworden. (Nebener verliest den Wortlaut.) Die Verwaltung mag nun erklären, ob dies eine Fälschung ist. Ein ähnlicher Revers wird den Unternehmern vorgelegt. Darin ist die Bestimmung charakteristisch, daß sie ausnahmsweise tüchtige Kräfte beschäftigen dürfen, auch wenn sie Sozialdemokraten sind. Also wo man die Sozialdemokraten nicht entbehren kann, läßt man sie zu. Diese Kautelis nennt man im Leben gewöhnlich jehtisch; sie bestand aber, ehe es Jesuiten gab. (Zwischenruf. Der Präsident ersucht, den Redner nicht durch Zwischenrufe zu unterbrechen.) Ein solcher Revers ist ein Standal. Wenn ein Unternehmer fragt, sagen wir ihm: „unterzeichne in Teufels Namen, unterzeichne zehn Mal“. Damit züchtet man Heuchler und untergräbt die öffentliche Moral. Der Arbeiter ist schon im übrigen kein freier Mann; wenn aber die Behörden in dieser Weise ihre Macht mißbrauchen, um die Arbeiter wegen einer bestimmten politischen Gesinnung brotlos zu machen, dann haben die Arbeiter ein volles Recht, gegenüber einer solchen Kriegswaise zu ähnlichen Mitteln zu greifen. Als 1878 mit wenigen Ausnahmen ein allgemeiner Enttäufungssturm gegen die Sozialdemokratie durch die bürgerliche Presse ging und die Unternehmer sich verpflichteten, keinen Sozialdemokraten zu beschäftigen, haben wir öffentlich in unseren Blättern den Arbeitern erklärt und werden es stets erklären: „Wenn die Unternehmer Euch vor eine solche Alternative stellen, unterschreibt ruhig. Man will Heuchler, seid Heuchler.“ Derartige Maßnahmen befördern die Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und Behörden mehr als alle sozialdemokratischen Agitationen. Was müssen die Arbeiter bei solchen Reversen von den Staatsbehörden denken! Wenn ich Minister eines Staates oder Reiches wäre und nicht mit solchen Mitteln kämpfen sollte, ich würde mich meiner Stellung schämen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Höfcke** (wid) lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Erlasse zahlreicher Kommandaturen, welche das Abhalten von Militärkonzerten in denjenigen Lokalen verboten, in denen sozialdemokratische Versammlungen abgehalten werden. Die Lokalinhaber haben infolge dessen meistens den Sozialdemokraten ihre Säle entzogen und sind dafür von den Sozialdemokraten geboykottet worden, ebenso wie die Brauereien, welche diesen Gastwirthen das Bier lieferten. Die unangenehme Erfahrung, welche die Brauereien gemacht haben, hat sie dahin gebracht, bei den Behörden um eine mildere Handhabung der bestehenden Bestimmung vorstellig zu werden; der Reichskanzler hat inzwischen bereits geantwortet, daß er in dieser Beziehung nichts thun könne, da es sich um dauernde Verbote nur in Ausnahmefällen gehandelt habe und meistens nur eine Androhung des Verbotes in Frage stehe. Diese Androhung ist aber praktisch genau gleichwerthig mit dem Verbot selbst. Die Gastwirthe bleiben also zwischen zwei Feuern. Das Schlimmste ist, daß die Verbote ausgesprochen werden lediglich auf Antrag der Polizeibehörde. Das subjektive Ermessen dieser Behörde hat natürlich ein ganz verschiedenes Vorgehen der Behörden in verschiedenen Städten und verschiedenen Theilen derselben Stadt zur Folge. Die Bürger werden also mit verschiedenem Maß gemessen. Dieser sehr bedauerliche Zustand sollte dadurch beseitigt werden, daß wenigstens eine gleichmäßige Behandlung beliebt und gewisse Merkmale angegeben würden, nach welchen sich die Unternehmer, namentlich diejenigen, welche neue Lokale zu errichten im Begriffe stehen, zu richten haben.

Der Boykott wird von den Sozialdemokraten mit den schwarzen Listen der Arbeitgeber gerechtfertigt, aber dies liefert doch nur einen Vorwand für die Berechtigung, weil bei dem Boykott der Brauereien gar nicht darnach gefragt wird, ob die Unschuldigen darunter leiden. Das ist aber in großem Maße der Fall. Nach Herrn Bebel sind von zehn Gastwirthen neun lediglich die Pächter der Brauereien. Das ist aber nicht wahr. Gerade weil die kleineren und mittleren Brauereibetriebe sich in ungünstiger Lage befinden, muß auf beiden Seiten Wandel eintreten.

Kriegsminister **von Kaltenborn**: Allerdings enthalten die alten Arbeitsordnungen der Militärverwaltung die Bestimmung, daß Arbeiter nicht Mitglieder von sozialdemokratischen Vereinen sein dürfen und deren Bestrebungen fern zu bleiben haben. Es sind aber gemäß der Gewerbe-Ordnungs-Novelle von 1891 die Arbeitsordnungen umgearbeitet worden und werden demnächst zur Ausgabe gelangen; auch die älteren sind schon seit Oktober 1892 umgearbeitet worden, in dem Sinne, daß sie keine Bestimmungen enthalten dürfen, welche das Verhalten der Arbeiter außerhalb des Dienstes reglementirt. Ich erkläre aber, daß nach wie vor Arbeiter, welche Sozialdemokraten sind, in den königlichen Werkstätten keine Beschäftigung finden. (Bravo! rechts. Unruhe links.) Jede Verwaltung kann die Bedingungen festsetzen, unter welchen sie Arbeiter annehmen will. Die schwarzen Listen der Rekruten von der sozialdemokratischen Partei sind zum Gegenstande der Kritik gemacht worden. Die Gesinnungen selbst geben keinen Anlaß zu solchen Erlassen, aber die Bethätigung dieser Gesinnung und dieses Geistes muß von der Armee aus entschieden fern gehalten werden. (Beifall rechts.) Die Frage des Besuchs der Lokale, in welchen sozialdemokratische Versammlungen abgehalten werden, ist lediglich Sache der betreffenden Trupentommandeure. Es ist doch selbstverständlich, daß in den Lokalen, wo solche Versammlungen abgehalten werden, der junge 21jährige Mann nicht viel Nützliches lernen kann. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. **Krich** (Soz.): Die Militärverwaltung bleibt bei schwarzen Listen nicht stehen, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Seit Jahren schon klagen die jungen Leute aus Offenbach, welche ihre Dienstpflicht in Darmstadt erfüllen müssen, daß sie in unerhörter Weise drangsalirt und gepöbeln werden. „Ihr Offenbacher Sozialdemokraten, Euch wollen wir die sozialdemokratischen Pöbeln austreiben, sozialdemokratischer Sauerl, sozialdemokratischer Lämmel“, solche Ausdrücke werden in Darmstadt von Offizieren und Unteroffizieren gebraucht. Köpft der Gepeinigete auch nur mit einem Blick merken, daß er diese standalöse Behandlung fühlt, so muß er nachgezerrt werden, wird nachts aus dem Bett geholt, muß den Säbel umschultern und im Hende üben. Beschwerden können sich die Betroffenen nicht, sonst werden sie noch mehr geschubriegelt. Die geschilderte Behandlung wird von den Herren Offizieren sportmäßig betrieben und ist auch auf die Unteroffiziere übergegangen. (Nebener giebt seiner Stimme einen schnarrenden Ton.) „Sie sozialdemokratischer Rekl, marschieren Sie mal ordentlich“, wird fast bei jeder Uebung in Darmstadt auf dem Exercierplatz geschriert. Dabei werden die Soldaten herumgeschoben, daß es ein Standal ist. Sehr häufig wird von einem Offizier die Wendung gebraucht: „Da marschieren die Kerle alle, als wenn es eine sozialdemokratische Bande wäre und nicht, als wären es Soldaten.“ (Heiterkeit.) Das ist nicht zum Lachen. Die jungen Leute werden dadurch zur Verzweiflung getrieben, wenn sie nicht an Vater und Mutter dächten, würde sich so mancher das Leben nehmen. Einige haben schon erklärt: wenn der und der Offizier oder Unteroffizier so fortfährt, und ich weiß, ich bin verloren, dann nehme ich ihn aber auch mit. Das ist menschlich sehr leicht erklärlich. (Zwischenruf rechts: Lauter!) Die Leute müßen im Dienst genug sich plagen und werden dann noch mit solchen Redensarten traktirt. Ich hoffe, daß die Militärverwaltung dafür sorgen wird, daß diese Drangsalirung der Soldaten in Darmstadt aufhört. Die Herren Offiziere und Unteroffiziere wollen dadurch die Sozialdemokratie verächtlich machen, sie glauben, daß die mit den Offenbachern gleichzeitig Dienenden einen besonderen Abscheu vor der Sozialdemokratie bekommen. Damit sind sie aber ganz gewaltig auf dem Holzweg. Die Kameraden sehen, daß die sozialdemokratischen Soldaten ihre Schuldbildung thun wie die andern, und finden, daß die Sozialdemokraten ganz anständige Leute sind. Es wäre gut nach allen Richtungen hin, wenn sich die Militärverwaltung um diese Sache bekümmerte.

Kriegsminister **von Kaltenborn**: Es müssen bestimmte Fälle angeführt werden, wo Vorgefetzte sich einer solchen vorchristlich-widrigen Behandlung der Mannschaften schuldig gemacht haben. Ist der Beredner dazu in der Lage, so werde ich die Beschwerden prüfen lassen.

Abg. **von Friesen** (L.): Die Armee hat die Aufgabe, das Vaterland zu vertheidigen, und die Armeeverwaltung hat die Aufgabe, diesem Zweck zur vollsten Durchführung zu verhelfen und jedes störende Element fern zu halten. Schreibt eine Partei auf ihre Fahne den Zukunftsstaat und den Umsturz des Bestehenden, so hat die Armeeverwaltung die Pflicht, solche Elemente erst recht von der Armee fern zu halten.

Abg. **Ahlwards** (Antisemit): Ich kann mich der Ueberszeugung nicht verschließen, daß die Armeeverwaltung betreffs der Sozialdemokraten schwere Fehler begeht, in schwere Irthümer bei deren Behandlung verfallen ist. Ich meine, es sollte doch innerhalb des deutschen Reichstags eine Meinung darüber herrschen, daß es unbillig ist, jemand wegen seiner Zugehörigkeit zu irgend einer Partei brotlos zu machen. Das hat der Kriegsminister proklamirt, aber er hat nicht proklamirt, daß er nicht auch Steuern bezahlen und das Vaterland nicht zu vertheidigen braucht. Wie will man denn feststellen, wer Sozialdemokrat ist? Mit solchem Spioniersystem erzieht man nur Heuchler. Durch politische Verfolgung hat man zuerst die katholische Partei, dann die Sozialdemokraten groß gemacht; ich wünschte sie auch für uns, damit wir recht bald groß würden. Wegen meiner Broschüre „Judenlügen“ hat der Reichskanzler den Ausdruck Verleumder gebraucht. Ich werde jetzt den Beweis versuchen, daß meine Vorwürfe zutreffen und daß die Armeeverwaltung nicht mit der nöthigen Vorsicht verfahren ist (Sensation). Vor Jahresfrist wurde mir die Thatsache bekannt, daß in einer hiesigen Fabrik Gewehre angefertigt würden, so schlecht und so ohne jede Kontrolle, daß für den Fall eines Krieges die größte Gefahr entstände. Ueber hundert Arbeiter waren bereit, diese Dinge zu beenden. In dem Prozeß haben die Vernommenen sie auch bezeugt. Es ist festgestellt, daß die Gewehre gemacht wurden in dieser Fabrik, als die Staatswerkstätten nicht voll beschäftigt waren, daß diese Fabrik höhere Preise erhalten hat, daß zahlreiche Fehler bei der Herstellung gemacht waren. Es sind 60 000 Läufe von der Firma aus Solingen geliefert worden, welche die italienische Regierung bereits als unbrauchbar zurückgewiesen hatte. (Hört! hört! rechts.) Ferner ist thatsächlich nachgewiesen, daß die Läufe gedrückt worden sind, daß sie geschmirgelt worden sind, daß dies geschehen ist mit Wissen des Direktors Kühne und unter seinem wohlwollenden Schutz. Mancherlei andere Dinge sind noch ausserdem vorgekommen, die die Brauchbarkeit der Läufe beeinträchtigen. Nach dem Prozeß ist noch schlimmeres festgestellt worden, so z. B. daß die beiden Fabrikanten mit Besitzern eines englischen Etablissements gesprochen hatten über Lieferungen, über welche Unterhaltung

Graf Hohenhausen dem Kriegsministerium Mitteilung gemacht hat, ohne daß die Sache weitere Folgen gehabt hätte. Das Metall, welches die Engländer lieferten und aus welchem die Schloßer und Schloßtheile gemacht worden sind, ist sehr schlecht gewesen und doch verwendet worden. Die Kontrolle hat also sehr viel zu wünschen übrig gelassen; die Verwaltung kann den ihr hieraus erwachsenden Vorwurf nicht zurückweisen. In eine Verleumdung habe ich gar nicht gedacht; hiergegen muß ich mich verwahren.

**Abg. Grillenberger (Soz.):** Herr Köfide hat sich einseitig auf den Standpunkt des geschädigten Unternehmers gestellt; das ist immer so, wenn man sie auf Ihre kapitalistischen Hühneraugen tritt, schreiben Sie. Für uns Sozialdemokraten kommt hier aber das fundamentalste Recht des Staatsbürgers, das Vereins- und Versammlungsrecht, in Frage, und der Schaden des einzelnen Geschäftsbetriebs kann nicht entfernt demjenigen gleich kommen, den eine ganze Partei durch die Saalabtreiberien und durch die Unmöglichkeit, sich zu versammeln, erleidet. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes kann man Versammlungen nicht mehr beliebig verbieten, jetzt greift man zum militärischen Boykott. Die Militärverwaltung geht Hand in Hand mit der Polizeiverwaltung, sie wird von ihr in den allermeisten Fällen erst auf die betreffenden Lokale aufmerksam gemacht. Der Saalbesitzer wird durch den militärischen Boykott gewaltig geschädigt und hat vielleicht mit der Sozialdemokratie nicht das Mindeste zu schaffen. Er muß seine Pacht aufbringen und die kolossalen Steuern erschwingen, die zum allergrößten Teil von dem Militarismus aufgefressen werden. Wo steht in irgend einem Gesetz oder in der Verfassung, daß die Militärverwaltung das Recht hat, die Staatsbürger in dieser unerhörten Weise so tiefgreifend zu schädigen? Der Kriegsminister meint, in den sozialdemokratischen Versammlungen könnten die jungen Soldaten nichts Nützliches lernen. Aus dem Exzerzierplatz lernen sie nichts Nützliches. Solche Gemeinheiten, wie sie Abg. Ulrich hier zusammenstellte, pflegen in sozialdemokratischen Versammlungen nicht vorzukommen. Aber die jungen Soldaten gehen gar nicht in diese Versammlungen, sie dürfen sie ja gar nicht besuchen. Selbst bei Tage kommen ja die Soldaten kaum in diese Lokale, sie bleiben da meistens in ihren Kantinen. Aber den Soldaten werden sogar die einfachsten Bierkantinen verboten, so in Nürnberg unter dem Ausnahmefesetz nicht weniger als 147 Lokale. Wenn die Soldaten ausgingen, müßten sie immer diese Exzerzierlisten mit sich führen, um nicht irre zu gehen. Heute ist diese Liste auf 23 Lokale beschränkt; man hat eingeschrieben, daß damit nichts zu erreichen ist. Unterwegs werden in Nürnberg Lokale von der Militärbehörde schon boykottiert, wenn sie auch nur zu Vergnügungen eines sozialdemokratischen Wahlvereins zur Verfügung gestellt waren. So war seitens der Kommandantur beabsichtigt, die Militärkapellen anzuweisen, in der Wagner-Reparatur keine Konzerte mehr zu geben. Erst den Anstrengungen der diktatorischen Persönlichkeiten der Stadt gelang es, diese Maßregel zu hintertreiben; es verkehren dort nämlich nur die exklusiven Kreise, die nun einmal ohne Militärkonzerte nicht auskommen können. Was hat denn die Militärmusik mit dem Umstand zu schaffen, daß in jenem Restaurant einmal ein Stiftungsfest eines sozialdemokratischen Vereins gefeiert worden ist? Glauben Sie, daß Sie dadurch den Verkehr der Soldaten mit den Sozialdemokraten hintertreiben können? Die Soldaten rekrutieren sich doch zum größten Teil aus den Arbeiterkreisen. Sie sind während ihrer Wessenzzeit in den Städten mit den Sozialdemokraten in Verkehr gekommen. Die sozialdemokratischen Soldaten werden besonders schlecht behandelt, ja mißhandelt und auf jede Weise diskriminiert. Dadurch werden ja die anderen jungen Leute gerade zu Sozialdemokraten gemacht. Ich protestiere gegen diese Behandlung im Interesse des allgemeinen Heils. Wer die Geld- und Blutsteuer in ganz gleichem Maße zu tragen hat wie jeder andere, muß auch durchaus ebenso behandelt werden wie jeder andere Staatsbürger. Wenn der Reichsarmee alle diese fressenden Elemente ferngehalten würden, dann würde sie schon heute auf die Plätze herabstinken. Der Kriegsminister hat erklärt, daß der berühmte Paragraph auf Grund der Gewerbeordnung aus den alten Arbeitsordnungen entfernt worden ist; er sei demnach sich den Bestimmungen der Gewerbeordnung anpassen. Es ist recht interessant, daß sich ein so wichtiger Ressortort noch bemühen muß, um dies zu erreichen. Er hat aber hinzugefügt, daß nach wie vor kein Sozialdemokrat in die Militärwerkstätten eingestellt werde. Der Kriegsminister stellt sich den Sozialdemokraten gegenüber genau auf den Standpunkt des Herrn v. Stumm, auf den einer vernünftigen Umgebung des Geistes. Damit erziehen Sie in der That nur Heuchler, wie Herr Klotzwardt ganz richtig gesagt hat. Die Arbeiter sind zu zwei Dritteln in den Militärwerkstätten Sozialdemokraten, sie binden es Ihnen nur nicht auf die Nase! (Heiterkeit.) Wenn die Arbeiter so vom Broterwerb ausgeschlossen werden sollen, müssen sie sich auf irgend eine andere Weise ernähren. Die städtischen und Polizeibehörden verlangen von jedem Arbeitslosen, daß er binnen einer bestimmten Zeit Arbeit nachweise, sonst wird er auf den Schub gebracht. Er muß seine Familie ernähren, er muß, daß ist jetzt seine erste Bürgerpflicht, Steuern zahlen. Sie wollen ihm den Eintritt in Privat- und staatliche Werkstätten verweigern. In Belgien hat sich neuerdings herausgestellt, daß innerhalb der Armee sozialdemokratische Bestrebungen existieren, die es sich zur Aufgabe machen, unter keinen Umständen im Falle eines Aufstandes auf das Volk zu schießen. Glauben Sie denn dadurch, daß Sie seitens der Militärverwaltung den Sozialdemokraten systematisch die Lokale abtreiben und die Ausübung des Versammlungsrechts unmöglich zu machen suchen, sie auf den Exzerzierplätzen beschimpfen, von den Werkstätten ausschließen, die Arbeiter zu verschüchtern? Im Gegenteil, wenn Sie die Leute verhungern lassen, sie schändlich behandeln und trotzdem verlangen, daß sie ihren Militär- und staatsbürgerlichen Pflichten genüge leisten, dann könnten sie eines Tages vor die Frage treten, ob sie im Falle eines Krieges marschieren sollen, und die Zeit, wenn Sie so fortjahren, wird nicht mehr so fern sein. Sie glauben durch ihre rigorose und verwerfliche Behandlung den sozialdemokratischen Geist von der Armee fern zu halten, sie werden diesen Geist gerade hineinbringen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Volkraath (Dr.):** In Breslau sind die Zivilmilitär durch die Konturen der Militärminister gänzlich heruntergekommen. Die Militärkapellen unterdrücken sie in jedem Falle, und alle Anstrengungen, Wandel zu schaffen, sind vergeblich geblieben. Der Kriegsminister hat in einem Bescheide die Verurteilung dieser Bescheide in Abrede gestellt; es sind aber lediglich die Militärminister, nicht die Zivilminister vernommen worden. Namentlich verlangen letztere, daß die Militärkapellen nicht ständig als Theaterkapellen benutzt werden. Den berechtigten Anforderungen der Zivilmilitär muß Rechnung getragen werden, die Verwaltung darf nicht unthätig zusehen, wie ein ganzer Stand durch den Militarismus ruiniert wird.

**Abg. Ulrich (Soz.):** Wenn ich der Ueberzeugung sein könnte, daß den Soldaten, die die gerügte Behandlung erfahren haben, nichts passirte, würde ich bereit sein, die Namen zu nennen; ich hoffe aber, daß der Kriegsminister wenigstens in Darmstadt recherchieren lassen wird, wie die Partie steht.

Damit schließt die Diskussion. Das Gehalt des Kriegsministers wird bewilligt, ebenso die Kapitel „Militärwesen“, „Militärrenten“, „Militärgerichtsbarkeit“.

Beim Kapitel „Militär-Justiz-Verwaltung“ fragt

**Abg. von Margnardsen (nl.)** nach dem Stande der Reform der Militär-Strafprozessordnung. Im vorigen Jahre seien durch Resolution die verbündeten Regierungen ersucht worden, im Interesse größerer Sicherstellung einer angemessenen Behandlung der Soldaten bei der Reform der Militärjustiz die Ständigkeit und Selbständigkeit der Gerichte, die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens einzuführen, wie sie sich in Bayern bewährt haben. Es sei nur erklärt worden, daß die Sache jetzt

bei der preussischen Militärverwaltung schwebt. Der preussische Militär-Strafprozess verfolge sich in keiner Weise mit den Grundlagen des Prozesses im bürgerlichen Verfahren der ganzen zivilisierten Welt. Die Mißhandlung von Untergebenen sollte durch unsere Resolution möglichst verhindert werden; aber leider seien seitdem zahlreiche weitere noch erschreckendere Fälle von Mißhandlungen bekannt geworden. In der Diskussion über die Militärvorlage sei in der Öffentlichkeit einhellig das Verlangen nach einer besseren Militärjustiz erhoben worden. Kein besserer Vorspann könnte der Vorlage geleistet werden, als das Zustandekommen dieses Wunsches, für welches in Bayern seit 25 Jahren ein Vorbild vorhanden sei.

**Generallieutenant v. Spitz:** Es ist der Verwaltung ernst damit, eine Strafgerichts-Ordnung fertig zu stellen, die nach Möglichkeit dem bürgerlichen Strafverfahren entspricht. Der Hoffnung, daß es gelingen werde, im nächsten Jahre einen Entwurf vorzulegen, geben auch wir Ausdruck. Zu bedenken ist, daß auch die Zivilprozessordnung sehr lange in Arbeit gewesen und jetzt wieder in Fluß gekommen ist. Die Schwierigkeiten sind deshalb so groß und die Aufstellung einer militärischen Strafgerichtsordnung deshalb schwieriger, weil der militärische Gehorsam etwas ganz anderes ist, als der bürgerliche Gehorsam vor den Gesetzen. Auch muß die Rechtspflege im militärischen Leben rascher sein, als im bürgerlichen Leben, namentlich was die zu gewährenden Rechtsmittel betrifft. In einem Nachbarstaate ist man jetzt glücklich beim zehnten Entwurf angekommen; soweit sind wir allerdings noch nicht.

**Abg. Kunert (Soz.):** Die dilatorische Antwort des Kommissars giebt keine Hoffnung, daß die Sache aus dem Stadium der Erwägung bereits herausgetreten ist. Ich muß mich völlig dem Wunsch des Abg. von Margnardsen anschließen. Um aber die Sache in Fluß zu bringen, beantrage wir bis zur Vorlegung eines Entwurfs die Kosten von 80 000 M. für das Generalauditariat zu streichen. Es giebt kein reaktionäres Gebiet als das der Militär-Justizpflege. Schon vor einigen Jahren hat Bebel diese Gerichtspflege mit einer geheimen Wehne verglichen. Innerhalb der arbeitenden Volksklasse sieht man ihr mit dem größten Mißtrauen gegenüber, und mit Recht, denn die Strafen werden mit außerordentlicher Härte namentlich gegen gemeine Soldaten verhängt. Ich kann dafür Beispiele anführen und Namen nennen. Nicht Zeitungsauschnitte, sondern Abschriften kriegsgerichtlicher Akten liegen mir vor. Ein Soldat vom 34. Regiment ist wegen wiederholter Mißhandlungsvorfälle zu dreijährigem Gefängnis verurteilt worden. Drei Leute vom 48. Regiment in Königsberg wurden auf Grund eines von einem Sergeanten beauftragten Gespörsch, in welchem das Wort „Streik“ vorkam und von „rothen Federn an dem Hute“ die Rede war, verurteilt und zwar einer von ihnen zu 5 Jahren, die beiden anderen zu 6 Monaten! Wegen Abwehr eines Angriffs wurde ein Soldat des 21. Regiments zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt, er hatte sich gegen einen Angriff des Unteroffiziers gewehrt. Beim 38. Regiment wurde ein Soldat wegen Ungehorsams oder Gehorhamsverweigerung mit Enttarnung aus dem Heere und 8 Jahren Gefängnis bestraft. Zu derselben hohen Strafe wurde ein Soldat verurteilt, der vorher angeblich wegen Widerstandes gegen seinen vorgehenden Unteroffizier mit 8 Monaten bestraft worden war. Der Fall lag so, daß der betreffende Mann nach Ueberstufung einer Krankheit von jenem Unteroffizier entgegen dem Verbot des Arztes zu einem schweren Stalddienst kommandiert wurde. Der Mann konnte den Dienst nicht leisten und nun wurde er von einem anderen Manne auf einen Hirt des Unteroffiziers bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen. Der Geschlagene erholte sich wieder und machte den Versuch, sich ein Messer in die Brust zu stoßen. Nun wurde behauptet, er habe den Unteroffizier damit hohn wollen. Der Soldat kam wieder ins Lazareth und wurde später einem Unteroffizier unterstellt, der ihn bis zur Verzweiflung diskriminierte. Daß nicht nur die Vorgesetzten gegen den Gemeinen, sondern auch die Gemeinen gegen die Gemeinen sich derartige Drangsalierungen zu schulden kommen lassen, dafür kann ich verschiedene Beispiele anführen. (Nebner wird vom Präsidenten verhindert, diesen Vortrag auszuführen.) Ich muß mich fügen, da ich doch den Kürzeren ziehen würde. Geradezu barbarisch ist die Behandlung der Strafgefangenen. Es ist vorgekommen, daß ein Mann bis zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. Vergleichen Sie damit, welche Strafen Chargierte zu treffen pflegen. Der Fall, den ich vornehmlich im Auge habe, liegt allerdings einige Jahre zurück, er ist aber sehr lehrreich. Ein Sergeant Reich kommandierte seine Soldaten auf die Stabe und befahl ihnen, zu orkanieren, sich selbst zu befehlen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Einzelne Soldaten weigerten sich zwar, dies zu thun, sie befehlen aber nicht den Muth, den Keil niederzuschlagen, sondern ergriffen die Flucht. Aber andre ergaben sich und führten diesen schändlichen Befehl aus. Dieser Sergeant wurde zu zwei Jahren verurteilt. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Das hängt alles mit ihrem System zusammen. Die Offiziere, welche sich Uebergriffe gegen ihre Untergebenen gestatten, werden natürlich noch viel milder bestraft. (Nebner zittert eine große Anzahl Fälle, welche von der Rechten unter wachsender Unruhe angeführt werden. Rufe: „Schluß!“ Die gemeinen Soldaten werden so diskriminiert, daß sie nicht selten zu Selbstmord schreiten. Dazu führen nicht bloß körperliche sondern auch geistige Mißhandlungen. Das Volk verlangt Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Militärgerichts-Verhandlungen, damit dergleichen Fälle sich verringern.

**Generallieutenant v. Spitz:** Kein gewissenhafter und gerechter Mann wird sich auf Grund des Materials, welches der Vorredner hier angeführt hat, ein Urtheil bilden können, daß gegen die Gesetze von den betreffenden Richtern geurtheilt wurde. Die Militärverwaltung ist natürlich nicht in der Lage, auf einen oder den andern dieser Fälle jetzt einzugehen. Da aber der Vorredner Namen genannt hat, so werden wir die Fälle untersuchen lassen. Ganz entschieden muß ich aber dagegen Verwahrung einlegen, daß gegen den gemeinen Mann härter geurtheilt wird als gegen seinen Vorgesetzten. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Das ist durchaus unwahr. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Es ist wahr.) Der Vorredner scheint nicht zu wissen, daß beim Militär Insubordination schärfster bestraft wird als im bürgerlichen Leben. Endlich muß ich auch dagegen protestieren, daß die Strafgefangenen in den Strafanstalten geschuldig behandelt und bestraft werden. Es herrscht in diesen Anstalten die peinlichste Reinlichkeit und Ordnung. Das erzieherische Moment wird dabei besonders im Auge behalten, und wir haben sehr schöne Resultate erzielt. Daß darunter auch unverbeifliche Taugenichtse sind, welche vom bürgerlichen Leben aus alle möglichen schlechten Eigenschaften mitgebracht haben, liegt auf der Hand. Ich reise alle Jahre im Weiche umher und sehe genau zu, daß nichts vorkommt, was gegen die Militärgefesse verstößt. Hierauf wird um 5/4 die weitere Berathung bis Freitag 1 Uhr vertagt.

## Parteinachrichten.

Gegen die Militärvorlage erklärte sich in Breitenhain (Kreis Schweidnitz) eine Volkversammlung, in der der Genosse Zahn aus Breslau referirt hatte und die auch von vielen Landwirthen besucht war; ferner Versammlungen in Ohlsbach (Referent Ged. Offenburg), Berghausen und Böhligen (Referent Kalbach-Karlruhe), Partha (Ref. Rosenow-Ghemnitz).

Weiter fand in Wädelsdorf bei Rendsburg eine Protestversammlung gegen die Militärvorlage statt. Genosse v. Elm aus Hamburg referirte. Die Versammlung sprach in einer Resolution noch die Erwartung aus, daß auch der Vertreter des s. schleswig-holsteinischen Wahlkreises, der freisinnige Reichstags-Abgeordnete Lorenzen-Wädelsdorf, bei der Abstimmung über die Militärvorlage im Reichstage anwesend sein und gegen diese

stimmen werde. Das Bureau der Versammlung ist mit der Uebermittlung dieser Resolution beauftragt.

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Hohenstein-Ernstthal wurden die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt.

Zur Nachwahl im 17. württembergischen Reichstags-Wahlkreis (Nördlingen-Zellwang) kandidiren nurmehr: Sozialdemokrat Tauscher, Demokrat Sauter, Zentrumsmann Rembold, Deutschpartei Dr. Müller aus Nockenwangen. Das Centrum weiß seinen Kandidaten nicht besser zu empfehlen, als durch die Bemerkung, daß er ein „Freund der Getreideballe“ sei. Rufe: „Volksfreunde“ die Schwarzgen!

Parteiorganisation. In Dinglingen (Baden) errichteten 40 Parteigenossen einen Wahlverein.

In Reudorf-Strasbourg forderte eine von über 1000 Bürgern und Arbeitern besuchte Volksversammlung nach dem Vortrage unser Genossen Böhle die Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommen- und Vermögenssteuer an Stelle der jetzt in Elsaß-Lothringen herrschenden direkten und indirekten Steuern.

Todtenliste der Partei. In München ist der Schneider Mosauer, früher Kassirer des sozialdemokratischen Wahlvereins, verstorben. Er war ein treuer und opferfreudiger Parteigenosse.

## Volksrechtliches, Gerichtliches etc.

Das Landgericht zu Chemnitz verwarf die Berufung des Berginvaliden Blich in Lugau, welcher vom Stollberger Schöffengericht zu 80 M. Geldstrafe verurtheilt worden war, weil er im „Vorbacher“ den Beginn einer von ihm einberufenen Versammlung auf eine halbe Stunde früher angefangen hatte, als der Chemnitzer Amtshauptmannschaft angemeldet war. Er hatte dadurch erreichen wollen, daß die Leute beim eigentlichen Beginn der Versammlung pünktlicher da wären, als das gemäßlich der Fall ist. Gegen den Entscheid des Landgerichts soll nun das Oberlandesgericht angerufen werden.

Vorigen Freitag standen 25 Genossen, sämtlich Mitglieder des Arbeiter-Gesangvereins in Weibitz, vor dem Solinger Schöffengericht, weil sie von zwei Polizisten beschuldigt worden waren, beim Stiftungsfest des Walder Arbeiter-Gesangvereins „Vorwärts“ durch „demonstratives und radaunmäßiges“ Singen der Marschlieder in der zehnten Abendstunde „großen Lärm“ erregt zu haben. Das Schöffengericht erkannte jedoch bei 24 Angeklagten auf kostenlose Freisprechung und verurtheilte nur einen zu 15 M. Geldstrafe. Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß zwei Genossen mit angeklagt waren, die an dem betreffenden Abend gar nicht in Wald gewesen waren. Sie erhielten, wie recht und billig, ihre Unkosten entschädigt. Die anderen Freigesprochenen leidet nicht.

Einige Schweriner Genossen, die in einem Orte, die Brochgüne, Gespräche eines Landmannes mit einem Sozialdemokraten verbreitet haben, erhielten von der Polizei je ein über 10 M. lautendes Strafmandat. Sie haben gerichtliche Entscheidung beantragt.

## Kommunales.

### Stadterordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 9. März, Nachmittags 5 Uhr.

Der Ausschuss zur Vorberathung der Vorlage betr. Genehmigung von Pferdebahnlagen über den Straßengassen Unter den Linden zur Verbindung der Gasse in der Französischen Straße mit den Gassen nördlich der Weidenhammer Brücke, sowie auch mit denen auf dem Rondijouplatz und dem Haack'schen Markte hat sich mit 13 gegen 1 Stimme für die Annahme der Magistratsvorschlüge entschieden. Einige der im Ausschusse angelegten Erweiterungen der Vorlage in der Richtung, daß an die Konzeptionsvertheilung gewisse Bedingungen bezüglich des Betriebes und des Tarifs der Pferdebahn-Gesellschaft geknüpft werden sollten, sind zur Annahme gelangt, der Hauptantrag auf Einführung des Zehnpendel-Tarifs ist aber abgelehnt worden.

Der Ausschuss empfiehlt folgende Beschlüßfassung:

- Die Versammlung erklärt ihre Zustimmung:
- I. daß nach Maßgabe des anliegenden Projekts
  1. eine Pferdebahn, abweigend von den Gassen in der Französischen Straße durch die Straße hinter der katholischen Kirche direkt nach Norden zur Verbindung mit den Gassen in der Dorothienstraße,
  2. eine fernere Bahn, von den Gassen in der eben gedachten Straße durch die verlängerte Charlottenstraße über die Weidenhammer Brücke zum Anschluß an die dort vorhandenen Gasse,
  3. weiter eine Bahn, abweigend von der zu 1 aufgeführten Linie bei der Straße am Festungsgraben, über die Eisenerne Brücke, Friedrichstraße, durch die Burgstraße zum Anschluß an die Gasse auf dem Rondijou-Platz und dem Haack'schen Markte

aufgeführt werden;

- II. daß die Genehmigung der Ausführung der gedachten Bahnanlagen der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft unter den vertragsmäßig festgesetzten Bedingungen ertheilt wird, wenn die Gesellschaft dafür an die Stadtgemeinde 1 Million Mark zahlt, wodurch sie von den Kosten befreit wird, welche infolge der Bahnanlagen für Benutzung oder Erwerb von Land oder für Aenderungs- und Neubauten an Brücken notwendig werden.

Hierbei erklärt die Versammlung, daß sie an der seit 1850 wiederholt ausgesprochenen Ueberzeugung festhält, die dahin geht, daß die Verbindung der Pferdebahn zwischen Behrenstraße und Weidenhammer Brücke im Interesse des Verkehrs und des Publikums durch die Charlottenstraße herzustellen sei. Sie ersucht daher den Magistrat, mit den zuständigen Behörden darüber in Verbindung zu treten, daß die Pferdebahn durch die Charlottenstraße gelegt werde. Dieser Vorschlag soll die Ausführung obiger Beschlüsse nicht aufhalten.

Ferner ersucht die Versammlung den Magistrat, dahin wirken zu wollen, daß die Große Berliner Pferdebahn-Gesellschaft sich verpflichtet:

1. vom April d. J. ab (Sommer-Fahrplan) Arbeiterwagen und zur Benutzung derselben mit ermäßigten Fahrpreisen sowohl einfache Fahrkarten für die bloße Hin- und Rückfahrt, als auch Rückfahrkarten, welche zur Rückfahrt mit jedem beliebigen Wagen der betreffenden Strecken von 5 Uhr Nachmittags an berechneten, in derselben Weise einzuführen, wie dies bei der Neuen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft seit dem 1. Oktober v. J. durchgeführt ist;
2. die Heizung ihrer Wagen bei Temperaturen unter 5 Grad C einzuführen;
3. die neue Anlage des Nordbahnhofes in der Bernauer Straße durch Pferdebahn sowohl mit der Brunnenstraße als auch mit der Schönhauser Allee in Verbindung zu bringen.

Es waren zu dem Gegenstande zwei Petitionen eingegangen, welche beide die Ueberführung der Pferdebahn über die Linden im Zuge der Kanonierstraße befürworteten, während eine derselben darüber hinaus noch eine Ergänzung des Reges

durch Einlegung von Geleisen in den oberen Teil der Mauerstraße von der Leipziger bis Friedrichstraße wünsch.

Beide Petitionen sollen durch die Beschlussfassung über die Vorlage als erledigt erklärt werden.

Referent Dr. Strypf macht in Ergänzung des Berichts darauf aufmerksam, daß für die Benutzung des Kasanienwäldchens ein Kanton an die Universität zu zahlen sein würde, den aber die Pferdebahn-Gesellschaft zu tragen haben würde. Da für die Führung der Verbindungslinie der Weg durch die Friedrichstraße auf absehbare Zeit versperrt sei, andererseits aber eine möglichst geradlinige Verbindung notwendig sei, so dürfe die Leitung durch die Charlottenstraße nicht aus den Augen verloren werden. Der Ausschuss habe einen dementsprechenden Beschluss gefasst. Die übrigen Resolutionen hätten den Zweck, die Pferdebahn zur Schaffung gemeinsamer Einrichtungen mehr als bisher anzuregen. Außer dem Antrag auf Einführung des Zehnpsennig-Tarifs sei auch der Vorschlag gemacht worden, Umgebungsarbeiten zu 15 Pf. einzuführen; der Ausschuss habe aber aus Gründen der Verkehrssicherheit auch von diesem Vorschlag abgesehen.

Stadt. Spinola: Ich bitte Sie, die Resolution wegen der Erigung der Wagen abzulehnen. Technische und hygienische Rücksichten sprechen dagegen. Die Luft in den Wagen würde noch mehr verdorben werden und ein höchst gesundheitsgefährlicher Zug entstehen. Auf den Passus bezüglich der Charlottenstraße lege ich den höchsten Wert. Man könnte sich ja mit einem Geleise begnügen, wenn zwei durchaus unzulässig sein sollen — obwohl in viel engeren Straßen anderer Städte zweigleisige Pferdebahnen im Verkehr sind.

Stadt. Dünse: Wir sind auch geneigt, auf die Vorlage einzugehen, halten aber mit aller Entschiedenheit daran fest, daß der berechnete Wunsch der Bewohner des Nordens und des Südens von Berlin auf möglichst direkte Verbindung mit allem Nachdruck seiner Erfüllung entgegengeführt wird. Die Resolution wegen der Arbeiterwagen empfehlen wir dringend. Bei der Art und Weise, wie in Berlin für die Arbeiter die Arbeitsgelegenheit wechselt, ist eine solche Einrichtung absolut geboten, wie sie sich bei der Neuen Pferdebahn so ausgezeichnet bewährt hat. Auch die Heizung muß eingeführt werden. Deshalb werden denn die Eisenbahnwagen geheizt, wenn das Heizen so gesundheitsgefährlich ist? Was den Nordbahnhof betrifft, so muß man hier wirklich die Aktionäre der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft gegen ihre eigene Verwaltung in Schutz nehmen; nur die Ungerechtigkeit der letzteren verschuldet es, daß die beiden Anschläge noch nicht vorhanden sind. Zur Durchführung des Zehnpsennig-Tarifs ist jetzt der geeignete Moment. Mit der Gewährung der Konzession für die Verbindung über die Linden wird der Gesellschaft eine Wohlthat erwiesen, für welche sie eine höhere Gegenleistung bieten muß.

Stadt. Vogtmann beantragt, unter die Konzessionsbedingungen als Nr. 4 aufzunehmen: „bis zum 1. Oktober 1893 die Einführung des Normal-Zehnpsennig-Tarifs innerhalb des Reichsbildes der Stadt Berlin zu bewirken.“

Stadt. Vogtherr: Wir sind immer erfreut, wenn bei großen Vorlagen mit einer gewissen Geschwindigkeit gearbeitet wird. Bei dieser Frage mißfällt uns die Geschwindigkeit jedoch, weil man sich allzu schnell mit dem Gebotenen zufrieden zu geben scheint. Im Anschluß hat man offenbar die Frage der Führung der Linie durch die Charlottenstraße nicht erschöpfend behandelt. Ob der Magistrat mit den Behörden bereits Fühlung über die Zulässigkeit der Führung einer Linie oder wenigstens eines Geleises durch die Charlottenstraße genommen hat, erfahren wir nicht, wir wissen nur, daß die Durchführung durch die Friedrichstraße auf absehbare Zeit unmöglich geworden ist. Die Pferdebahn-Gesellschaft kann zweifellos noch einen tüchtigen Puff vertragen. Den Bedingungen, welche der Ausschuss angenommen hat, legen wir weniger Bedeutung bei, als den abgelehnten, für welche sich schon früher ein großer Teil der Versammlung ausgesprochen hat. Herr Spinola will von Heizen nichts wissen. Nun, es wird nicht so heiß geheizt, wie befürchtet wird. Von einer Stiehlüge in den Wagen wird um so weniger die Rede sein, wenn man sich der handbreiten Spalten in dem Fußboden der Wagen erinnert. Selbst beim besten Willen der Gesellschaft, den ich nicht voraussetze, wird eine solche Ueberheizung nicht zu befürchten sein. Die Forderung des Zehnpsennig-Tarifs haben wir aufs neue zum Antrag erhoben und hoffen auf dessen Annahme. Wir haben früher immer hören müssen, daß solche Forderungen nur gestellt werden könnten bei einer Gelegenheit, wo wir selbst etwas zu vergeben haben. Nun, jetzt oder nie ist eine solche Gelegenheit geboten. Die Pferdebahn wird niemals ohne einen Druck unsererseits sich auch nur zu dem geringsten Entgegenkommen bereit finden lassen. Im Anschluß hat der Magistrat mitteilen lassen, daß die Gemeindebehörden seit dem Erlaß des Kleinbahnen-Gesetzes keinen direkten Einfluß auf den Tarif mehr haben; aber dieser Einwand ist nicht stichhaltig. Es braucht nur der Gesellschaft auferlegt zu werden, die polizeiliche Konzession für die neue Linie unter der Bedingung der Einführung des Normal-Zehnpsennig-Tarifs im Reichsbild der Stadt Berlin nachzusuchen. Wie die Million zu Stande gekommen ist, welche die Gesellschaft zu zahlen geneigt ist, wäre doch von Interesse, zu erfahren. Die Erfahrungen, die wir bei dem Vergeben der Litzfahnen mit der Firma Nauck u. Hartmann gemacht haben, müssen uns doch solchem Angebote gegenüber sehr vorsichtig machen. Die Pferdebahn hat mindestens denselben großen Nutzen aus der neuen Verbindung, wie das Publikum, und wir haben keine Veranlassung, ihr diese neue Gelegenheit zur Ausnutzung des Publikums so billig zu verkaufen. Wir stellen bei dieser Gelegenheit nicht besondere Anträge auf Verpflichtung der Gesellschaft zu besonderen Leistungen ihren Angehörigen gegenüber, weil wir diese wichtige Angelegenheit zum Gegenstand selbständiger Anträge zu machen gedenken. In erster Linie haben wir nicht nach der Rentabilität des Unternehmens zu fragen, welche übrigens nicht geschmälert werden wird, sondern wir haben alles zu fordern, was nach Recht und Gerechtigkeit zu fordern ist. Deshalb empfehle ich die Annahme unseres Antrages wegen des Zehnpsennig-Tarifs.

Stadt. Gerstenberg: Die Schwierigkeit bei der Ueberführung liegt nicht in den Linden, sondern in der Enge der Charlottenstraße, die in dem Engpaß bis zur Behrenstraße enger ist als die Rosenstraße. Befremden muß das geringe Interesse des Vorredners für die Arbeiterwagen. Ob die Pferdebahn sich bereit finden lassen wird, selbst den Antrag auf Einführung des Zehnpsennig-Tarifs zu stellen, ist doch die große Frage. Bei der Litzfahnen-Angelegenheit besaßen wir uns doch in ganz anderer Situation, da war die Konzession abgelaufen. Ist das hier der Fall? Im Jahre 1911 wird die Zeit sein, auf die Anträge der Herren Vogtherr und Genossen einzugehen. (Heiterkeit.)

Stadt. Schmeißer will den Passus des Ausschussesantrages betreffs der Charlottenstraße insofern verschärfen, als darin der Durchführer wenigstens eines Geleises ausdrücklich Erwähnung getan werden soll.

Stadt. Vailieu: Herr Vogtherr ist auf den Zehnpsennig-Tarif zurückgekommen und auch Herr Gerstenberg hat Sympathie dafür bekundet. Nach meiner Ueberzeugung liegt der Zehnpsennig-Tarif nicht im Interesse des Publikums. (Unruhe.) Der Verkehr und die Straßen sind schon jetzt so belastet, daß eine Steigerung des Pferdebahnverkehrs nicht erwünscht erscheint. Die Berliner Straßen sind doch nicht allein der Pferdebahn wegen da. Schon hat das Berliner Polizeipräsidium gegen die Verlangung der am Rathhause endenden Linien bis zum Spittelmarkt in der Erwägung, daß die betr. Straßenzüge einen stärkeren Verkehr nicht tragen können, Einspruch erhoben. Damit schließt die Debatte.

Stadt. Vogtherr vermahnt sich gegen den Vorwurf, den Arbeiterwagen nur geringes Interesse entgegenzubringen.

Nachdem Dr. Strypf als Referent den Ausschuss gegen die Vorhaltung, zu rasch gearbeitet zu haben, in Schutz genommen, wird der Ausschussantrag mit dem Amendement Schmeißer, aber

unter Ablehnung der auf die Heizung bezüglichen Resolution angenommen. Der Antrag auf Einführung des Zehnpsennig-Tarifs wird in namentlicher Abstimmung mit 56 gegen 48 Stimmen angenommen und tritt als Nr. 4 der Resolution am Schluß hinzu.

Mit der vorgelegten Skizze zum Neubau einer Schutz- und Erfrischungshalle im Treptower Park erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Dem Abschluß eines Vertrages betr. die Ausdehnung der Gasbeleuchtung aus den städtischen Gasanstalten auf die Ortshaus Reinickendorf wird zugestimmt. Zur Regelung der Rohrleitungen und zur Aufstellung der Kandelaber sind nach dem Anschlag 221 230 M. erforderlich.

Schluß 7 Uhr.

## Tokales.

Nachtrag zur Berliner Lokalliste. Unterschrieben, ihre Sätze zu Versammlungen hergeben zu wollen, haben: Schnegelsberg (früher Gründer), Hasenhaide 11, Zimmermann (Kaufmann's Variété).

Von der Umgegend:

Seinen Saal zu Versammlungen giebt her Herr Gilmann, Inhaber vom Restaurant „Wilhelmshöhe“ (früher Kamerun) in Woltersdorf.

Charlottenburg. Von der Liste ist zu streichen: Pohl und Knebel's Klubhaus (Westend).

Die Berliner Lokal-Kommission.

J. A. J. Wernau, Rosenstr. 30.

Wie die Notlage der Arbeiter diese zwingt, sich allen Bedingungen zu unterwerfen, und schließlich sich mit mehr als Hungerlöhnen zu begnügen, dafür sprechen solche Vorfälle wie in der Rigdorfer Eisengießerei von G. P. Müller u. Komp. Sechs Former hatten dabeilbst in der ganzen vorigen Woche nur je 7,72 M. verdient. Die Arbeit wurde dadurch gehalten, daß das Eisenmaterial fehlte, und die Former sehen es sich gefallen, weil sie die Hoffnung hegten, daß die Arbeitsverhältnisse sich bessern dürften. Einer der Former ließ sich, um von seinem Wirth, der den Behauptungen über den geringen Verdienst nicht Glauben schenken wollte, Miethesendung zu erlangen, dieses von der Firma bescheinigen. Der Schein lautet: „Wir bestätigen dem Former A. J., daß er in der Zeit vom 27. Februar bis 4. März 1893 von uns für geleistete Arbeit Marx 7,72 ausgezahlt erhalten hat.“

G. P. Müller u. Ko.“

Wozu das Militär gut ist. Die Firma Gerson u. Komp. hat 52 Hausdiener entlassen, trotzdem sie, zumal wegen ihres Umzuges Arbeitskräfte braucht. Sie fand eben ein billiges Mittel dieselben zu ersetzen. Sie requirirte vom 2. Garde-Regiment 15—18 Mann, welche 8 Tage lang ihr dienlich waren. Es ist dieses eine sehr gute Empfehlung für die Militärvorlage: immer mehr Soldaten einstellen, die Steuerlast des Volkes erhöhen und die steuerzahlenden Arbeiter noch durch die Konkurrenz der Soldaten arbeitslos machen! Wir bezweifeln übrigens, daß man an höherer militärischer Stelle das Verhalten des betreffenden Regimentskommandos kennt oder gar billigt. In einer Zeit wo so viele tausende Familienväter in Berlin arbeitslos sind und Noth leiden, sollte doch alles vermieden werden, was die Nothlage noch fühlbarer vermehrt.

In Angelegenheit des Rigdorfer Bahnhof-Umbaus wurde, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mittheilt, der Grubenscheffer F. W. Körner am Freitag Vormittag von dem Finanzminister Dr. Miquel empfangen. Er überreichte dem Minister eine Petition zahlreicher Einwohner Rigdorfs um schleunigen Umbau des längst nicht mehr ausreichenden Bahnhofes. „In liebenswürdigster Weise“, heißt es dann weiter, „versprach, wie die „Rigd. Ztg.“ schreibt, der Minister, zur Beschleunigung des Bahnhof-Umbaus zu thun, was in seinen Kräften stehe. Gleichzeitig empfahl er aber, auch dem Handelsminister eine gleiche Petition zu überreichen, damit die Angelegenheit so rasch wie möglich in Fluß komme. Herr Körner wird in Befolgung dieses Rathschlages demnächst auch dem Handelsminister eine Petition in Sachen des Rigdorfer Bahnhofes überbringen.“ Gaben wir denn gar keinen Eisenbahnminister mehr, fragt die „Frankfurter Ztg.“, oder ist es soweit gekommen, daß der Finanzminister und der Handelsminister als die geeigneteren Instanzen zur Anbringung derartiger Wünsche angesehen werden? Jedenfalls giebt dieser an sich unbedeutende Vorgang zu denken.

Die „Vossische Zeitung“ hält sich in Wien einen Korrespondenten L. Wollmann, der augenblicklich den Gesprächsgegenstand unter den Wiener Journalisten bildet. Der Herausgeber der „Politischen Korresp.“, Schäffer, hatte kürzlich den Wollmann im Bestuhl des Haupttelegraphenamts des Diebstahls beschuldigt. W. strengte deshalb die Ehrenbeleidigungsklage an. Schäffer verteidigte sich damit, W. habe in inkorrekt Weise Nutzen aus von der „Polit. Korresp.“ gezogen, indem er sich den Redaktionsbedienten, denen er dafür Sigarren gab, die Exemplare ausständig ließ und widerrechtlich den Inhalt an die Voss. Ztg.“ telegraphirte. Das Gericht sprach Schäffer frei. In der interessanten Urtheilsbegründung heißt es: „In objektiver Hinsicht muß es als erwiesen angenommen werden, daß der Beklagte dem Kläger die Worte Dieb und Diebstahl zuschleuderte. Wenn auch das Wort Dieb an und für sich ein Schimpfwort ist, so muß doch im vorliegenden Falle ins Auge gefaßt werden, daß sich der Beklagte dieses Wortes nur zur Verkräftigung der gegen den Kläger erhobenen Beschuldigung des Diebstahls, nicht aber als Injurie bediente, weshalb der Wahrheitsbeweis dem Beklagten gestattet werden mußte. Dieser Wahrheitsbeweis muß als gelungen bezeichnet werden. Das Wort Dieb darf deshalb auch nicht in der strengen Fassung des Klägers, sondern bloß nach dem allgemeinen Sprachgebrauche beurtheilt werden. Da der Kläger aus dem Royde der „Pol. Korr.“ erfaß, daß das Telegraphiren des Inhalts verboten ist und dies dennoch that, hat er nicht bloß gegen die Gesetze des Anstandes gefehlt, sondern direkt eine That begangen, welche wohl juristisch nicht als Diebstahl gelten kann, sich aber mit dem sprachgebräuchlichen Begriffe Diebstahl deckt, denn sie involvirt einen unberechtigten Eingriff in das literarische Eigentum.“

Das Märchen vom amerikanischen Duell taucht wieder auf. Am 7. d. M., Abends um 9 1/2 Uhr, nahm ein unbekannter Mann die von dem Kaiser Karl Gerinick, Reinickendorferstr. 9, geführte Droschke erster Klasse 867, um vom Kemper-Platz nach dem Hause Stromstr. 37 zu fahren. Als er hier nicht ausstieg, sah der Kutscher in dem Wagen nach und fand seinen Gast mit einer Schußwunde in der Stirn in der Wagenecde sitzen. In dem Krankenhause Noabit, wohin der Verwundete gebracht wurde, erklärte er, daß er das Opfer eines amerikanischen Duells sei. Er weigerte sich, über seine Person Auskunft zu geben, weil er sein Ehrenwort verpändet habe, sich zu tödten und zu schweigen.

Bezüglich des Vorganges im Friedrichshain hat sich die Annahme der Kriminal-Polizei, daß das „Verbrechen“ erichtet sei, als richtig erwiesen. Horaus hat sich, als ihm die Unwahrscheinlichkeit seiner Darstellung vorgehalten wurde, bekennt, eingestanden, daß er die ganze Geschichte erfunden habe. Allerdings sind die Angaben, die er jetzt über die Entstehung der Verletzungen macht, auch nicht recht glaubwürdig, er behauptet nämlich, daß er, um ein Bedürfnis zu befriedigen, aber einen Raum gestiegen und sich dabei beschädigt habe. Diese zufällige Verunglückung habe er nun ausgebeutet, um sich als Opfer eines

Ueberfalls zu bezeichnen und Mosen zu erlangen. Der vorstehende ist wieder einer jener Fälle, welche dringend eine Abstellung der Lücke im Strafgesetzbuch fordern, wonach erdichtete Anzeigen von Verbrechen nicht bestraft werden. Jetzt tritt die Bestrafung nur ein, wenn bestimmte Personen des Verbrechens bezichtigt werden. Durch solche unwahren Anzeigen wird aber den Behörden viel unnütze Arbeit gemacht und das Publikum beunruhigt. Das wäre aber nur ein geringfügiger Schaden, das schlimmste ist, daß unschuldige Leute in Verdacht kommen und verhaftet werden. So ist es auch diesmal gewesen. Ein Mann, dem man eine derartige That wohl zutrauen konnte und der auch durch das Zusammentreffen anderer Zufälligkeiten belastet schien, ist verhaftet und erst heute aus der Haft entlassen worden, nachdem seine völlige Unschuld dargethan war.

Wegen schweren Betruges im Sinne des § 265 Strafgesetzbuchs ist der Weinhändler Anton Haber mann, der durch seinen Handel mit medizinischen Ungarweinen bekannt ist, verhaftet worden. Am Morgen des 6. d. M. entstand in den Lagerräumen des Kellers im Hause Brückenallee 20 Feuer, die Feuerwehre mußte den Eingang zu den verschlossenen Kellerräumen gewaltsam erbrechen, und als sie sich bis zu dem Herd des Feuers durch den mächtigen Qualm Bahn gebrochen hatte, fand sie nur brennende Kisten, Stroh und leere Weinfässer und kam zu der Ueberzeugung, daß der Brand nur ein Leitungsfeuer sei. Da also angenommen werden muß, daß Haber mann, nur um sich in den Besitz der 21 000 M. betrogenden Versicherungssumme zu setzen, das Feuer angelegt habe, so ist er verhaftet worden.

Ein Monstreprozeß, in welchem nicht weniger als gegen 4000 Verklagte zu verhandeln ist, spielt sich gegenwärtig vor dem Igl. Amtsgericht I in der Jüdenstraße ab. Der gewaltige Prozeß bildet ein Nachspiel zu den Zwistigkeiten, der sich zwischen dem Vorstand und Mitgliedern des Vereins „Zukunft“ abgespielt. Bekanntlich ist ein großer Theil der letzteren aus dieser Krankenkasse ausgeschieden, ohne die Vereinsbeiträge für den Monat des Austrittes zu zahlen. Gegen diese Personen, und die Zahl derselben beträgt 4000 — hat der Vorstand die Klage erhoben und seit etwa drei Wochen wird vor dem Amtsgericht I in Sachen „Zukunft“ contra Mitglieder — und zwar jedesmal summarisch gegen 25—100 Personen verhandelt. Die Kosten des Riesenprozesses hat zum größten Theil der Verein „Zukunft“ zu tragen, da die von demselben gestellten Forderungen meist zu hoch sind und die Verklagten sich ohne Weiteres zur Zahlung der ursprünglich und gesetzlich normirten Beiträge bereit erklären.

Erfchossen hat sich am Mittwoch Abend der Landschaftsmaler Grothe, ein Sohn des bekannten Schriftstellers Wilhelm Grothe, der im Februar vor. J. in Friedrichshagen starb. Ein merkwürdiger Zufall wollte es, daß der Selbstmörder denselben Revolver gegen sich richtete, aus dem er auf seinen Vater ein halbes Jahr vor dessen Tode geschossen hatte. Er war nicht verheiratet.

Vergiftet aus unglücklicher Liebe hat sich das 23 Jahre alte Dienstmädchen Auguste Mah, das bei einem hiesigen Schlächtermeister in Stellung war. Sie trank vorgestern Morgen Karbolsäure, wurde nach der Charitee gebracht und ist dort gestern Morgen um 7 Uhr gestorben.

Polizeibericht. Am 8. d. M. Morgens wurde ein Schankwirth in seiner Wohnung in der Mühlentstraße erhängt vorgefunden. — Auf dem Neubau Wörtherstraße 16 stürzte Vormittags der Zimmermann Henke beim Legen von Balken aus dem dritten Stock auf die Straße hinab und verstarb auf der Stelle. — Am 8. d. M. Morgens entstand im dritten Stock des Seitenflügels des Hauses Febrbellinerstr. 97 Feuer, wodurch der Inhalt einer Tischlerei und einer darüber liegenden Schneiderwerkstatt zerstört wurde.

## Gerichts-Beitrag.

Die Gislebener Affäre vor Gericht. Heute wurde das Urtheil gegen die Angeklagten gefällt. Wir geben dasselbe wieder, indem wir es den Anträgen des Staatsanwalts gegenüberstellen.

	Der Staatsanwalt beantragte	Der Gerichtshof erkannte auf
Franke . . . . .	2 Jahre Gefängniß	9 Monate Gefängniß
Wolf . . . . .	6 Monate	14 Tage
Ritter . . . . .	4 Wochen	Freisprechung
Kräger . . . . .	6 Monate	Freisprechung
Polizei-Sergeant		
Köhler . . . . .	4 Monate	6 Monate Gefängniß
Liedau . . . . .	1 Monat	9 Monate
Wunderlich . . . . .	1 Monat	6 Monate
Slag . . . . .	2 Monate	4 Monate
Breithaupt . . . . .	4 Wochen	1 Woche
Reupert . . . . .	6 Wochen	1 Monat
Zich . . . . .	14 Tage	4 Monat
Günther . . . . .	14 Tage	3 Wochen
Dettmeyer . . . . .	3 Monate	4 Monate
Frieh . . . . .	6 Wochen	8 Wochen
Weinroth . . . . .	Freisprechung	Freisprechung
Doffmann		

Das Urtheil selbst bezeichnete die Vergleute als Urheber des Kravalls und das Vorgehen Köhler's als frivol.

Die vier oben zuerst Genannten sind die angeklagten Sozialdemokraten; gegen diese hatte der Staatsanwalt 2 Jahre 6 Monate 10 Wochen Gefängniß beantragt, während der Gerichtshof auf 9 Monate und 14 Tage erkannte. Gegen den Polizisten und die Vergleute hatte der Staatsanwalt 11 Monate und 20 Wochen Gefängniß beantragt, der Gerichtshof erkannte jedoch auf 34 Monate und 7 Wochen Gefängniß.

In wie tendenziöser Weise die Sensationsblätter der Bourgeoisie über das Urtheil berichten, zeigt das „Berliner Tageblatt“, welches dasselbe in folgender Weise meldet:

Das heute in dem Kravallprozeß verkündete Urtheil lautete gegen den Saitler Franke auf neun Monate, gegen den Polizeisergeanten Köhler auf sechs Wochen, gegen die übrigen zehn auf eine Woche bis sechs Monate Gefängniß. Zwei Sozialdemokraten und zwei Vergleute wurden freigesprochen.

Acht Genossen des Nachklubs Nauck von Reinickendorf standen am 6. d. M. auf der Anklagebank des Schöffengerichts zu Noabit, um sich gegen ein Vergehen des Vereinsgesetzes zu verantworten. Die Angeklagten sollten am 2. November 1892 eine geheime Versammlung im Läden'schen Lokal zu Reinickendorf abgehalten haben, in der einer von den Angeklagten über den „Zukunftskraut“ und ein anderes über die „Erbschaftsregulierung“ gesprochen haben sollte, ohne polizeiliche Anzeige von einer politischen Versammlung gemacht zu haben. Der Gerichtshof sprach sämtliche Angeklagte von Strafe und Kosten frei. Er führte in der Urtheilsbegründung aus, daß selbst, wenn über öffentliche oder politische Angelegenheiten in dem Klub gesprochen sei, doch immer noch nicht die Anklagebehauptung erwiesen sei.

## Soziale Ueberlicht.

Die Sperrre über die Vissche Seidenfabrik in Bernau ist aufgehoben, da die Arbeiter auf mechanischen Webstühlen einen Vergleich mit dem Unternehmer eingegangen sind und somit ihre Forderungen zum großen Theil bewilligt erhalten haben.

Wegen Lohndredung ist in Remscheid in der Schlitshubfabrik von Eduard Engels ein Streik

ausgebrochen. Es wird um strenge Fernhaltung des Zuguges gebeten.

**Die Entlassung von 100 Bergleuten in Altenberg** ist zurückgenommen worden, nachdem der Stadtgemeindevorstand die Bergwerksdirektion darum ersucht hatte.

**Achtung, Glasarbeiter!** Die Glasarbeiter der Firma Jordan in Oeder haben wegen angekündigter Lohnreduktion ihre Arbeitsstellen gelündigt. Der Zugang ist bis zur Regelung der Angelegenheit streng fernzuhalten. Die General-Kommission.

**Amerikale Jugenderziehung.** In einem Eingefandt der „Fränkischen Tagespost“ wird mitgeteilt, daß der Nürnberger Kaplan Huber bei der Ertheilung des Religionsunterrichts einem Schüler acht Hiebe auf die Hand versetzte, weil dieser seine bis jetzt begangenen Sünden nicht aufgeschrieben hatte.

## Versammlungen.

**Im Verein Vorwärts zu Rixdorf** sprach am 28. Februar Genosse Mehnert über das Thema: Was ist Schule und was soll sie sein? Der vortreffliche Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und gab die Veranlassung zu einer lebhaften Debatte, an welcher sich die Genossen Strannewitz, Reherau und Andere beteiligten. Unter Vereinsangelegenheiten wurde die beantragte Gründung eines Gesangsvereins aus der Mitte der Mitglieder verworfen. Beschllossen wurde am 18. März eine Gedenkfeier zu veranstalten. Zum Schluß erstattete der Vorsitzende Bericht über den Verlauf der letzten Agitationsstour.

**Achtung, Schneider!** Groß-Merkant- und Geschäft-Delegirten-Versammlung am Freitag, den 10. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79. Mitführung der ausgefüllten Lohnkarte und Ausfüllung der vorgedruckten Formulare.

**Berliner Arbeitervereine 2. Vortrag** des Herrn Dr. Böhm über Augenkrankheiten bei Woad, Remmenstr. 18-19.

**Gesangsverein „Solidarität“.** Mitglieder-Versammlung Abends 8 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Schreder, Lindenstr. 16.

## Vermischtes.

**Der Künstler in der bürgerlichen Gesellschaft.** Wie aus München gemeldet wird, wurde der Maler Alois Gabl, Professor der Akademie, in seinem Atelier erhängt aufgefunden. Seit sechs Tagen hatte man ihn nicht mehr gesehen; die Nachbarschaft glaubte, er sei verreist. Der Zustand, in dem der Leichnam gefunden wurde, läßt vermuten, daß Gabl den Selbstmord schon vor sechs Tagen begangen habe. Man glaubt, daß er die That aus Noth beging.

**Im Zuchthaus zu Waldheim** (Sachsen) wurde der Aufseher Paulsen durch einen Sträfling ermordet, zwei andere Aufseher und ein Sträfling schwerverletzt.

**Die Bengin Thella Niederl,** die in dem Prozesse, den der altenburgische Staatsminister a. D. v. Leipziger gegen den Redakteur des Altenburger „Wählers“, unsern Genossen Hogenitz, wegen Beleidigung angestrengt hatte, zu Gunsten des Ministers

aussagte, ist in einer anderen Angelegenheit vom Geraer Schwurgericht wegen Meineids zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus verurtheilt worden. Sie war zweimal wegen gewerbsmäßiger Unzucht verurtheilt.

**Einer von den Besseren.** Unser Erfurter Parteiblatt, die „Thüringer Tribüne“, berichtet folgendes: „Ein Komtorist einer hiesigen Brauerei hat ein einfaches Mittel gefunden, sich seiner Verpflichtungen gegen ein von ihm verführtes Mädchen zu entledigen. Nachdem er das Opfer seiner Begierde noch obendrein krank und elend gemacht hat, denunziert er das Mädchen bei der Behörde wegen Unzucht. Auf Grund dieser Denunziation wird das Mädchen unter Kontrolle gestellt und der saubere Patron kauft schadenlos herum und freit sich seines gelungenen Streiches. Wenn durch die lex Heinze solche Subjekte gefaßt und zu Wasser, Brot und Latten verurtheilt werden könnten, hätten wir wahrlich nichts dagegen. Leider ist dazu keine Aussicht vorhanden, die Wucht des Gesetzes fällt, wie gerade dieser Fall wieder beweist, auf das verführte Opfer.“

**Der Lübecker Dampfer „Ostsee“** ist auf der Fahrt nach Libau im Eis gesunken. Der Steuermann und 6 Mann wurden von dem Dampfer „Kusland“ gerettet. Ueber das Schicksal der übrigen 7 Schiffsleute ist noch nichts Bestimmtes bekannt.

## Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

**Paris, 9. März.** Die heute fortgesetzte Verhandlung des Panamaprozesses wurde um 12 1/4 Uhr begonnen. Fontane äußerte sich auf Betragen des Präsidenten über die Stellung, die er bei der Panama-Gesellschaft eingenommen hatte, und erzählte sodann von den Schritten, welche Blondin unternahm, um das von Bahaut für die Einbringung der Panama-Vorlage verlangte Geld zu erhalten. Bahaut hätte ihm erklärt, daß Geld sei für die Interessen des Landes bestimmt. Der Präsident ging sodann zu der Frage der anonymen Bots über. Fontane erklärte, die Bots seien bestimmt gewesen, die Kosten für die Veröffentlichungen zu decken, andere hätten zur Bezahlung von Banditen gedient, welche der Gesellschaft wie in einem Winkel des Waldes anlaulerten. — Der Präsident befragte sodann Bahaut, welcher mit tief bewegter Stimme antwortete: Ich bin schuldig! Kein Wort kann meine Reue und meinen Schmerz ausdrücken! Ich verleihe selbst noch nicht, wie ich mich habe so vergehen können. (Lang anhaltende Bewegung.) Ich bitte mein Land um Verzeihung, dessen guten Ruf ich vielleicht kompromittirt habe! Bahaut führte sodann an, er habe auf Antriebe von Blondin gehandelt, welcher 75 000 Fr. zurückhalten habe. Er (Bahaut) habe den Betrag zurückstellen wollen, aber er fürchtete, sich zu verrathen. Bahaut schloß unter anhaltender Bewegung der Zuhörer mit Ausdrücken des Bedauerns und der Verzweiflung. — Blondin bestritt, die 75 000 Franks erhalten zu haben; er habe nur im Interesse der Panama-Gesellschaft gehandelt. Die Aussage Bahaut's bezeichnete er als einen Aufbau von Lügen.

(Depeschen des Bureau Herald.)

**Amberg, 9. März.** Die Amberger Volkszeitung“ rechnet für die (Zentrum) auf 8 bis 9000 gegen 1500 Stimmen. Bisher

erhielten die (Zentrum) 2990, Heindl (liberal) 610 und Siebenbürger (Sozialist) 333 Stimmen.

## Briefkasten der Redaktion.

**U. A.** Das durch Hofenclevers Doppelwahl erledigte Reichstagsmandat für Berlin VI fiel Pfannkuch zu.

**Steinbildhauer.** Veröffentlichungen über Streiks etc. müssen mit dem Stempel der Organisation versehen sein, wenn sie Aufnahme im „Vorwärts“ finden sollen.

**Kistenmacher.** Auch für Sie gilt das Obige.

**W. B.** Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe gelten für Christen und Juden, Türken und Heiden.

**S. R. 30.** Es ist allerdings Thatsache, daß künstliche Eier hergestellt werden und namentlich in der Osterzeit. Mein kleines Töchterchen glaubt allerdings, daß der Osterhase sie liegt.

**W. A. 85.** Nur gewissen Innungen — nicht aller Gewerke — ist das Recht, ausschließlich Lehrlinge zu halten, durch Verwaltungsanordnungen ertheilt. Welches Gewerbe meinen Sie und wo befindet sich dasselbe?

**Gleichheit 100.** 1. Wenn Sie in Berlin heirathen, so leben Sie ohne weiteres außer Gütergemeinschaft. 2. In standesamtlicher Trauung gebraucht man keinen Taufschein; Ihr Geburtsattest genügt. Sorgen Sie rechtzeitig für die nötigen Papiere; Kunstst., ob die in Ihrem Besitz befindlichen genügen (Einwilligungsschein) giebt Ihnen das Standesamt.

**Waldsdorf bei Rendsburg.** Die Reichstags-Kandidatur des Genossen v. Elm ist schon in Nr. 47 erwähnt worden.

**R. N. 28.** Sie können den Brief wieder abholen.

**F. A. Hilsfer, Bremerhaven.** Warnungen vor Schwindlern veröffentlichen wir nur in ganz besonderen Fällen. Ein solcher liegt unserm Erachtens hier nicht vor.

**Kornträger.** Das Gewinnscheit steht zu Ihrer Verfügung. 2. 1000. Schadenersatzanspruch steht Ihnen nicht zu.

**R. 1. 2. 3.** Die Eltern sind zu ihrem Verlangen, daß ihr Kind nicht eingeschlossen gehalten werde, berechtigt.

**L. W.** Nach Ihrer Darstellung ist Ihre Frau nicht verpflichtet, soviel aus Ihrem Schreiben zu erfahren, aber Sie.

**U. St.** Geschenke, auch Verlobungsringe, können innerhalb 6 Monaten zurückgefordert werden.

**W. Rheinsbergerstraße.** Nein.

**W. B. Ja.**

**S. 2. 2.** Eine Prostituirte gilt als bescholten, und kann daher weder für sich, noch für ihr armes Kind in Preußen Alimente beanspruchen.

## Briefkasten der Expedition.

**W. S.** Die gewünschte Adresse wissen wir nicht. Wenden Sie sich an die Verlags-Buchhandlung von S. Fischer, Berlin.

**U. A.** Das betr. Gedicht ist unseres Wissens verboten, eine Bezugsquelle ist uns also nicht bekannt.

**L. T., Tempelhof.** Besten Dank. Wir haben schon anderweitig ein Exemplar des „Pranz von Sickingen“ erhalten.

**U. S. K., Charlottenstraße.** Wir sind bereits mit den älteren Jahrgängen der „Neuen Zeit“ versehen. Ihre Offerte teilt zu spät ein. Besten Dank.

## Große öffentliche Versammlung

# Maurer und Putzer

Berlins und Umgegend  
am Sonntag, den 12. März, Vormittags 10 Uhr,  
im Feen-Palast, Burgstraße.  
Tages-Ordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion über: Welche Forderungen stellen wir in diesem Jahr? 2. Gewerkschaftliches. Das Erscheinen aller Berufsgenossen ist notwendig.  
Die Vertrauensleute. 242/5  
Heinrich Schigolsky, Schwedterstr. 27. Friedrich Grasschke, Pöbblersstr. 26.

## Deutscher Tischler-Verband.

Zahlstelle Berlin.  
Sonntag, den 12. März, Vormittags 10 1/2 Uhr,  
**Versammlung.**  
in Habel's Brauerei, Bergmannstraße 5-7.  
Tages-Ordnung:  
Die wirtschaftlichen Krisen. Referent: Kollege Koblenzer. Vorschläge von 4 Mitgliedern der Werkstatt-Kontrollkommission. Verbandsangelegenheiten. Verschiedenes.  
Die Ortsverwaltung. 817/7

## Achtung! Zimmerleute! Achtung!

**Große öffentliche Versammlung**  
der Zimmerleute Berlins und Umgegend  
am Sonntag, den 12. März 1893, Vormittags 10 Uhr,  
bei Josl, Andreasstraße 21.  
Tages-Ordnung: 1. Ist in der gegenwärtigen Krise der Achtstundentag eine berechtigte Forderung? Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersuchen  
Die Vertrauensmänner. 368/3

## Achtung, Schneider!

**Große Werkstatt- und Geschäfts-Delegirten-Versammlung**  
am Freitag, den 10. März, Abends 8 1/2 Uhr,  
in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79.  
Tages-Ordnung:  
1. Ausarbeitung der Lohnkarte von den Kollegen der einzelnen Geschäfte nach den vorgedruckten Formularen.  
2. Entgegennahme der ausgearbeiteten Lohnkarte.  
Diejenigen Kollegen, welche wünschen, daß ihren Geschäften formulirte Tarife zugestellt werden, bitten wir, zu erscheinen und sich an der Ausarbeitung zu beteiligen. Besonders fordern wir noch auf die Kollegen der Geschäfte: Hermann Hoffmann, Schützenstraße, Wasedow, Leipzigerstraße, Louis Landsberger, Oberwallstraße, Germania, Unter den Linden, Deutscher Offizier-Verein, American Pants u. Suit Factory, Kurfstraße.  
Die Agitations-Kommission.

## Ausstellungen-Möbel.

Die von mir feinerseit im Landes-Ausstellungspark ausgestellten Wohnungs-Einrichtungen fanden beim Publikum den ungetheiltesten Beifall. Möbel aller Art, ganze Wohnungen etc. werden stets angefertigt, und sind solche auch im Fabrikgebäude Naunynstr. 3, I. u. II. Et., ausgestellt.  
Verkauf nur unter Garantie zu mäßigen Preisen.

Heinrich Meyer, Tischlermeister,  
Naunynstrasse 3.

3791L\*  
**Möbel u. Polsterwaren** Aug. Herold,  
Oranienstr. 83/84.

Verkauf nach Auswärts.  
**„Zum Prophet“.**  
Welthaus  
für Herren- und Knaben-Garderoben.  
I. Etage. Am Dönhofsplatz. I. Etage.  
Ecke Leipziger- und Kommandanten-Straße.  
Herren-Anzüge von 9 Mark an  
bis zu den feinsten Qualitäten vorrätig.  
Abth. I. Anzüge sonst 18-48 M. von 9 M. an  
II. Salon-Anzüge 30-60 „ 20 „  
III. Kammgarn „ 48-55 „ 32 „  
IV. Tuchhosen „ 6-26 „ 2 1/2 „  
V. Paletots „ 20-54 „ 9 „  
VI. Schlafrocke „ 16-36 „ 9 „  
VII. Westen „ 6-13 „ 1 1/2 „  
VIIIa. Knaben-Anzüge „ 4-10 „ 2 „  
VIIIb. Purshen- „ 9-18 „ 5 „  
VIIIc. Jünglings- „ 15-30 „ 8 „  
**Einsegnungs-Anzüge**  
in großartiger Auswahl von 7 M. an bis zu den elegant.  
Versand gegen Nachnahme.  
Nur Schneider-Arbeit.

**Brot** billig,  
gut,  
sauber  
durch Maschinenbetrieb hergestellt

**„Wilhelma“**  
Dampf-Brotfabrik  
Andreassstrasse 32.  
Eigene Zweiggeschäfte:  
Weberstrasse 60,  
Gollnowstrasse 41/42,  
Prenzlauerstrasse 5,  
Alte Schönhauserstrasse 60  
und ca. 300 Verkaufsstellen in allen  
Stadtgegenden!

von 35 bis 40 Pf. täglich  
Kaltfleisch Auguststraße Nr. 50a.

Rechtsbureau  
des Königl. Amts-  
richters a. D. Alte Jakob-  
straße 130. Gewissenhafter Rath in allen  
Angelegenheiten. Unbemittelten unent-  
geltlich. Auch Sonntags. 34982

Kad. gebild. j. Mann, phil. et theol.,  
schriftstellerisch thätig, in Vorbereitung  
auf das Doktor-Examen, bittet gute  
Menschen herzlich um ein Darlehen von  
200 M. Gef. Zuschriften unter H. H. 5  
Postamt Neue Königstraße. gr.

**Roh-Tabak**  
A. Goldschmidt, 3806L\*  
am hiesigen Plage wie bekannt  
**grösste Auswahl!**  
Garantie für sicheren Brand.  
Streng reelle Bedienung, billigste  
Preise! Sämmtliche im Handel  
befindl. Rohtabake sind am Lager.  
A. Goldschmidt,  
Oranienburgerstr. 2.

Gutgehendes  
Barbier- und Friseur-Geschäft  
mit vollständiger Einrichtung ist am  
1. April zu verpachten oder zu verkaufen.  
Näheres Niemelerstr. 63 beim Birth.

## Sophastoff-Reste

in Kips, Damast, Crêpe, Fantasie,  
Gobelin, Plüsch und bunten  
Moquets spottbillig!  
Proben franko!  
Emil Lefèvre, Berlin S.,  
Oranienstraße  
158.

## Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der billig und gut  
kaufen will, empfehle mein sehr reiches  
Lager von ca. 1000 Sommer Paletots,  
2000 Anzüge, sowie einzelne  
Röcke, Jaquets, Hosen, Westen etc.  
Ferner Hüten, Ketten, Ringe,  
Betten, Wäsche, Stiefel, Hüte,  
Reise- u. Polster, Waschkessel etc.  
Sämmtliche Sachen in alt und neu,  
auch werden verfallene Pfänder verkauft.

## A. Wergien,

Schneidermeister und Parthiemaaren-  
Händler, 3768L\*  
127 Skaligerstraße 127.  
Bestellungen nach Maß werden  
gut und billig ausgeführt.  
Bitte sehr, recht genau auf Namen  
und Hausnummer zu achten.

## Haugk's Bierhaus.

Neu eröffnet: Grüner Weg 61, nahe  
dem Kästriner Platz. — Alle Freunde  
und Bekannte lade ganz ergebenst ein.  
38038\*  
W. Haugk.

## Eile z. Verjamlg. u. Gesellschft.

unentgeltlich (806b) Oranienstr. 180.  
— Destillation. —  
Eine gut gehende Destillation billig  
zu verkaufen Langestr. 90. 1716b

Freundl. kleine Wohnungen mit  
Wasserl., 50-56 Thlr., zu vermieten,  
Rixdorf, Prinz Handjerystr. 50. 1313b\*

Ziequickerstr. 6 sind kleine, saubere  
Wohnungen billig zu vermieten.  
70-75 M. 1607b\*

50 kleine Wohnungen zu verm.,  
billiger und besser wie in Berlin bei  
Arthur Heimer, Charlottenburg,  
Goethestraße 67a. Zehn Minuten vom  
Zoologischen Garten-Bahnhof. 849b\*

## Arbeitsmarkt.

**Gesangs-Dirigent**  
(Parteilgenosse) zur Leitung eines jungen  
Gesangsvereins gesucht. Offerten unter  
Angabe der Honorar-Ansprüche an  
Max Mayer, Oranienburg, Kanal-  
straße 19, erbeten. 8811L\*

Barbierlehrling verlangt K. Ehrlich,  
Seilgehilfe, Grünauerstr. 85. 1717b

Ein Klempnerlehrling wird verlangt  
bei F. Vogt, Antonstr. 3. 3815L